

# Der Stein des Anstoßes



**Wie aus dem Gedenken an die Opfer der Zwangskollektivierung von 1960 im Jahr 2010 eine agrarpolitische Debatte wurde**



## INHALT

<b>Den Opfern der Zwangskollektivierung</b> .....	5
Karsten Jennerjahn, Präsident des Bauernbundes Brandenburg	
<b>Ein Zeichen gegen das Vergessen</b> .....	9
Kurt-Henning Klamroth, Präsident des Deutschen Bauernbundes, am 25. April 2010 in Kyritz	
<b>Die Erzwingung bleibt Unrecht</b> .....	10
Rede von Ulrike Poppe, Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur des Landes Brandenburg, am 25. April 2010 in Kyritz	
<b>Eigentümer sind zu Arbeitnehmern gemacht worden</b> .....	12
Rede von Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, am 25. April 2010 in Kyritz	
<b>Unser Land habt Ihr - uns habt Ihr noch lange nicht</b> .....	17
Beitrag des Historikers Falco Werkentin über den bäuerlichen Widerstand gegen die Zwangskollektivierung auf der Podiumsdiskussion am 25. April 2010 in Kyritz	
<b>Fünfzig Jahre Zwangskollektivierung im Spiegel der Presse</b> .....	24
Reinhard Jung, Geschäftsführer des Bauernbundes Brandenburg	
<b>Stellungnahme zur Enquete-Kommission des Landtags Brandenburg</b> .....	31
<b>Aufarbeitung der Nachwendezeit in Brandenburg</b> erstellt durch den Bauernbund Brandenburg im Jahr 2011	

## IMPRESSUM

Herausgeber: Deutscher Bauernbund e. V., Adelheidstraße 1, 06484 Quedlinburg  
Fotos: Petra Dahms, Annekatriin Valverde

DEN OPFERN  
DER ZWANGSKOLLEKTIVIERUNG  
IM SO GENANNTEN SOZIALISTISCHEN  
FRÜHLING 1960 IN DER DDR

DEUTSCHER BAUERNBUND

25. APRIL 2010

## Den Opfern der Zwangskollektivierung

*Karsten Jennerjahn, Präsident des Bauernbundes Brandenburg*

Ein Denkmal, das sind wir unseren Vätern und Großvätern schuldig. Darüber waren wir uns alle einig, als wir im Vorstand des Deutschen Bauernbundes darüber berieten, wie wir mit dem 50. Jahrestag des 25. April 1960 umgehen sollten – jenes Tages, an dem SED-Generalsekretär Walter Ulbricht den so genannten Sozialistischen Frühling auf dem Lande, die Zwangskollektivierung von rund 400.000 bis dahin freien Bauern in der DDR, für abgeschlossen erklärte.

Doch so einfach ist es heute nicht, in den neuen Bundesländern ein Denkmal aufzustellen, das an DDR-Unrecht erinnern soll. Nachdem Jessen (wo es am 17. Juni 1953 zu starken Bauernprotesten gekommen war) und Schönhausen in der Altmark unser Ansinnen abgelehnt hatten, entschieden genau zwei Monate vor dem Jahrestag die Stadtverordneten des Prignitzer Landstädtchens Kyritz mit einer Mehrheit aus CDU, FDP, Bündnisgrünen, Bauern und Teilen der SPD für die Bereitstellung einer städtischen Fläche zur Aufstellung eines Gedenksteins. Einige Sozialdemokraten und die komplette Linke stimmten dagegen. Dass diese Mehrheit nach heftigen Diskussionen und öffentlichen Anfeindungen doch noch zustande kam, war unseren Mitgliedern Jürgen Schumacher und Torsten Gerloff zu verdanken, die im Vorfeld schwierige Überzeugungsarbeit leisten mussten.

In unserem Antrag hatten wir folgende Inschrift vorgesehen: „Freie Bauern auf freier Scholle – Nie wieder Vertreibung, Enteignung und Zwangskollektivierung. Zum Gedenken an den 50. Jahrestag des Sozialistischen Frühlings in der DDR“. Damit wollten wir auch einen Gegenpol setzen zu einem kommunistischen Denkmal, das in Kyritz bereits an die Ausrufung der Bodenreform durch den KPD-Vorsitzenden Wilhelm Pieck 1945 erinnert. Die Stadtverordneten formulierten den Text kurzerhand um: „Den Opfern der Zwangskollektivierung im so genannten Sozialistischen Frühling 1960 in der DDR“. Was wir zwei Monate vor dem Jahrestag notgedrungen akzeptieren mussten, erwies sich im nachhinein als glückliche Fügung: Durch Beschränkung auf das Ereignis des Jahrestages bot die Inschrift weniger Angriffsfläche und ermöglichte eine konzentrierte Diskussion.

Nach dem Kyritzer Beschluss konnten wir endlich zur Tat schreiten. Zunächst besorgten wir uns im Harzvorland einen gewaltigen Findling und brachten ihn in die Prignitz. Architekt Andreas Rauterberg gestaltete für die Inschrift eine Bronzetafel, die bündig in dessen Oberfläche eingelassen werden sollte. Fertigung und Aufstellung legten wir in die professionellen Hände der Bad Wilsnacker Steinmetzfirma Zenker. Eine Woche vor dem Jahrestag schließlich stand der Stein auf der vorgesehenen Freifläche zwischen einem Verbrauchermarkt und der Friedhofsmauer am nordöstlichen Stadteingang von Kyritz nahe der Bundesstraße 5. Um Vandalismus auszuschließen wurde die Bronzetafel erst in der Nacht vor dem Jahrestag montiert.

Die Denkmalseinweihung am 25. April 2010 wurde zu einer würdigen Feier und zugleich zu einem großen Medienereignis. Vor über zweihundert Menschen sprachen Kurt-Henning Klamroth, Präsident des Deutschen Bauernbundes, Professor Wolfgang Böhmer, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, und Ulrike Poppe, brandenburgische Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur. Die Redebeiträge sind hier vollständig dokumentiert ebenso wie die Ausführungen des Berliner Historikers Falco Werkentin über bäuerlichen Widerstand gegen die Zwangskollektivierung auf der anschließenden Podiumsdiskussion in Bluhms Hotel in Kyritz. Noch zu erwähnen ist die musikalische Umrahmung der Feier durch den Posaunenchor der Kirchengemeinde Sarnow, die mit dem gemeinsam gesungenen Deutschlandlied endete.

Bereits im Vorfeld hatten die Linke und einige Sozialdemokraten versucht, die Aufstellung des Denkmals zu verhindern. Mit der Organisation einer Gegenveranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung durch die linke Bundestagsabgeordnete Dr. Kirsten Tackmann und der Teilnahme des Bauernverbandspräsidenten und SPD-Landtagsabgeordneten Udo Folgart daran, löste unser Gedenkstein im Nachgang eine heftige Kontroverse in Brandenburg aus, die am Ende in eine allgemeine agrarpolitische Debatte mündete. Diese vorwiegend über die Medien ausgetragene Auseinandersetzung hat unser Geschäftsführer Reinhard Jung in einem weiteren Beitrag zusammengefasst. Den Abschluss dieser Dokumentation bildet unsere Stellungnahme für die Enquete-Kommission des Landtags Brandenburg zur Aufarbeitung der Nachwendezeit, aus der deutlich wird, dass das Unrecht von 1960 dreißig Jahre später nicht wieder gut gemacht, sondern eher mit anderen Mitteln, fortgesetzt wurde.

Auch wenn wir Bauern von der herrschenden Agrarpolitik immer wieder enttäuscht wurden und die Ereignisse um die Aufstellung unseres Denkmals Anlass zur Ernüchterung geben, möchte ich doch mit einem positiven Ausblick schließen. Der Gedenkstein war Stein des Anstoßes in doppelter Hinsicht: Er hat sicherlich Anstoß erregt, aber er hat auch Anstöße gegeben, das heißt Steine ins Rollen gebracht. Die agrarpolitische Debatte hat immerhin dazu geführt, dass sich im Jahr darauf mit der CDU und den Bündnisgrünen zwei Parteien in Brandenburg in ihren Programmen eindeutig für eine bäuerliche Landwirtschaft ausgesprochen haben und seitdem wichtige Forderungen des Bauernbundes unterstützen. Wir selbst haben rund 20 Prozent Mitglieder dazugewonnen, das heißt, manchem Berufskollegen ist dadurch vielleicht auch klarer geworden, wo er steht und hingehört.

Also soll niemand sagen, das Vergangene sei nur vergangen. Es wirkt bis in unsere Zeit hinein. Das Gedenken an die Opfer der Zwangskollektivierung ist für uns heute Verpflichtung, sich stets der wieder gewonnenen Freiheit bewusst zu sein und sie zu nutzen, um dem Bauernstand einen angemessenen Platz in unserer Gesellschaft zu sichern.



25. April 2010: Begrüßung durch Kurt-Henning Klamroth



25. April 2010: Gedenkrede von Professor Wolfgang Böhmer



25. April 2010: Kurt-Henning Klamroth, Ulrike Poppe und Professor Wolfgang Böhmer vor dem Stein



25. April 2010: Die Altbauern Günter und Brunhilde Nettelbeck aus Rönnebeck

## Ein Zeichen gegen das Vergessen

*Kurt-Henning Klamroth, Präsident des Deutschen Bauernbundes, am 25. April 2010 in Kyritz*

Sehr geehrte Anwesende, im Namen des Deutschen Bauernbundes darf ich Sie recht herzlich zur Einweihung des Denkmals für die Opfer der Zwangskollektivierung hier in Kyritz begrüßen. Besonders herzlich begrüßen wir den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Prof. Dr. Wolfgang Böhmer. Es ehrt uns, dass Sie, sehr geehrter Herr Böhmer, von Ihrer lieben Frau begleitet werden. Wir freuen uns, dass Sie sich die Zeit genommen haben, die Gedenkrede zu halten. Wir werten Ihre Bereitschaft als ein über die Maßen positives Signal. Ganz besonders freue ich mich auch, dass sich die Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur des Landes Brandenburg, Frau Ulrike Poppe, bereit erklärt hat, eine Ansprache zu halten. Begrüßen möchte ich auch die Landtagsabgeordneten der CDU, der FDP und der Bündnisgrünen aus den neuen Ländern.

Meine sehr verehrten Damen und Herrn, liebe Kollegen, der Präsident des Deutschen Bundestages, Professor Lammert, wäre sehr gern selbst zu unserer Veranstaltung gekommen. Terminliche Verpflichtungen haben es ihm aber unmöglich gemacht. Professor Lammert hat in seinem Schreiben an unseren Verband zum Ausdruck gebracht, dass er unser Anliegen voll unterstützt, dass es notwendig ist, an das große Unrecht zu erinnern um allen Versuchen einer Umdeutung der Geschichte nachdrücklich entgegen zu wirken.

Die Durchsetzung des Leninschen Genossenschaftsplanes in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR war nur mit unglaublichen menschverachtenden Maßnahmen möglich. Zynischerweise hat Walter Ulbricht in seiner Regierungserklärung am 25. April 1960 die Vertreibung, Enteignung und Zwangskollektivierung noch als Sozialistischen Frühling bezeichnet. Wir wollen mit diesem Denkmal ein Zeichen gegen das Vergessen setzen. Dieses Denkmal soll nicht nur an das unglaubliche Leid von über 400.000 Bauernfamilien erinnern, es soll vor allem eine Warnung an all diejenigen sein, die heute neue sozialistische Experimente propagieren.

Meine Gefühle an einem solchen Tag sind gespalten: Zuerst einmal empfinde ich eine tiefe Trauer, wenn ich an das Vergangene denke. Wir haben es in der eigenen Familie erleben müssen, mein Großvater saß zwei Jahre im Zuchthaus mit der Urteilsbegründung, ein Freund der so genannten Adenauer-Clique zu sein. Zum anderen überkommt mich der heilige Zorn, wenn ich erleben muss, wie mit den Mitteln der Geschichtsverklärung flächendeckend eine DDR-Nostalgie Raum greift. Gestern hat die den Linken nahe stehende Rosa-Luxemburg-Stiftung hier in Kyritz gewissermaßen eine Gegenveranstaltung durchgeführt. Besonders unerträglich ist, dass der Präsident des Landesbauernverbandes Brandenburg und Schattenminister im Kabinett Steinmeier auf dieser Veranstaltung als Redner aufgetreten ist. Damit hat Folgarth die Opfer der Zwangskollektivierung verhöhnt. Zum dritten empfinde ich aber vor allem große Freude, dass wir seit zwanzig Jahren in unserem vereinigten, rechtsstaatlichen, demokratischen Vaterland leben dürfen. Und es macht mich glücklich, dass heute etwa die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den neuen Bundesländern wieder von freien Bauern bewirtschaftet wird.

(Überleitung zu den Reden von Frau Poppe und Herrn Professor Böhmer)

Sehr geehrte Damen und Herren, bitten nehmen Sie auch recht zahlreich ab 13.30 Uhr an der Podiumsdiskussion mit Herrn Werkentin und Herrn Dr. Kuchs in Bluhms Restaurant teil. Liebe Freunde, und nun lassen Sie uns zum Abschluss der Einweihung unseres Gedenksteines ein ehrliches Bekenntnis zu unserem deutschen Vaterland ablegen und gemeinsam die Nationalhymne singen.

## **Die Erzwingung bleibt Unrecht**

*Rede von Ulrike Poppe, Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur des Landes Brandenburg, am 25. April 2010 in Kyritz*

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Böhmer,  
sehr geehrter Herr Präsident Klamroth,  
sehr geehrte Damen und Herren,

dass es hier in Kyritz gelungen ist, ein Denkmal für die Opfer der Zwangskollektivierung zu errichten, ist ein großer Erfolg im Bemühen, die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur auf deutschem Boden voranzubringen. Hier in Kyritz wurde der Grundstein gelegt für die spätere Kollektivierung, nämlich in der Ankündigung der Bodenreform durch den KPD-Vorsitzenden Wilhelm Pieck am 2. September 1945. Darauf weist ja auch ein anderes Denkmal hin, das sich ebenfalls in dieser Stadt befindet. Bekanntermaßen ist die Entscheidung für die Bodenreform in Moskau gefallen.

Im Juli 1952 wurde die Kollektivierung von der SED zum Staatsziel erhoben. Das führte aber zunächst nur dazu, dass vor allem wirtschaftlich schwache Klein- und Neubauern den Genossenschaften beitraten. Um schließlich auch die Angehörigen der ca. 166.000 alteingesessenen bäuerlichen Familien, die als Mittel- und Großbauern noch meist rentable Wirtschaften führten, in die Genossenschaften zu bringen, wurden seit dieser Zeit mehr und mehr Zwangsmaßnahmen eingesetzt. Private Landwirte wurden unter Druck gesetzt, willkürlich wurden die Abgabepflichten erhöht, es gab zahlreiche Verhaftungen und etwa 8.000 Schauprozesse. Viele Bauern widersetzten sich. Viele hielten an bewährten, traditionell bäuerlichen Wertvorstellungen fest, die an den Grundbesitz geknüpft waren. Der Widerstand eskalierte am 17. Juni. Es kam zu Bündnissen zwischen Arbeitern und Bauern und, was bis heute wenig im Bewusstsein ist, der Volksaufstand tobte zu einem großen Teil auch auf dem Lande.

Sieben Jahre später beschloss die SED-Führung einen erneuten Vorstoß gegen die privaten Landwirtschaftsbetriebe. Die propagandistische Formel hieß Sozialistischer Frühling. Obwohl die privaten Wirtschaften Ende der 1950er Jahre immer noch mehr produzierten als die LPGen, sollte nun das Kollektivierungsprogramm gegen alle Widerstände durchgesetzt werden. „Vom Ich zum Wir“ hieß das Motto, unter dem die verbliebenen insgesamt 400.000 bäuerlichen Betriebe zum Beitritt in die LPG genötigt wurden. Mit umfänglichen Propaganda-Kampagnen, falschen Versprechungen, mit Drohungen und Erpressungen wurden viele Bauern zur Aufgabe ihrer Betriebe gedrängt. Privatbetriebe mussten häufig ein höheres Soll abliefern und wurden benachteiligt, wenn es um Einkauf von Futtermitteln oder um Ausleihe von Maschinen ging. Unter Zwang zu Landarbeitern von Staatsbetrieben, es waren ja nicht wirklich Genossenschaften, geworden, war die Arbeitsmotivation auch entsprechend gering, die Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Produkten verschlechterte sich deutlich.

Natürlich gab es auch mehr oder weniger freiwillige Beitritte in die LPG. Geregelter Arbeitszeiten, Urlaubsanspruch und Krankenschreibungen konnten ja durchaus als Vorzug angesehen werden, besonders, wenn der eigene Betrieb nicht richtig lief. Aber die Tatsache, dass die Kollektivierung Einzelnen auch Vorteile gebracht haben mag, rechtfertigt die Zwangsmaßnahmen noch lange nicht. Es ist nichts dagegen zu sagen, dass sich Betriebe zu Genossenschaften zusammenschließen – aber die Erzwingung ist und bleibt Unrecht.

Viele Bauern kämpften verbissen um ihre soziale Existenz als freie Bauern. Mehr als 15.000 Landwirte gaben alles auf und flohen in den Westen. Das war oft eine schwere Entscheidung, denn es bedeutete,

die Heimat und den seit mehreren Generationen familiär geführten Hof zu verlassen. Mit der Grenzschließung im August 1961 wurden die Fluchtmöglichkeiten weitgehend unterbunden. Viele Bauern nahmen sich aus Verzweiflung das Leben. Auch wenn heute manche in den LPG-Gründungen Vorteile sehen, eine Verbesserung ihrer Lebenslage anführen, bleibt doch die Tatsache bestehen, dass die Zwangsmaßnahmen nicht zu rechtfertigen und zu den Staatsverbrechen zu zählen sind. Ihnen sind Bauern zum Opfer gefallen, die nichts anderes geltend machen wollten, als eine freie, selbstbestimmte bäuerliche Wirtschaft auf eigenem Grund und Boden. Es geht meiner Meinung nach weniger um die Frage, wie Einzel- oder Kollektivwirtschaft sozial und ökonomisch zu bewerten sind. Da gibt es verschiedene Auffassungen und verschiedene biografische Erfahrungen.

Dieses Denkmal erinnert uns daran, dass unter dem Diktat der SED-Führung ostdeutschen Landwirten schweres Leid zugefügt wurde. Deshalb gehört der bäuerliche Widerstand gegen die Zwangskollektivierung in die deutsche Freiheitstradition. Das Gedenken an die Opfer der Diktatur ist zugleich ein Bekenntnis für die Freiheit als hohes und schützenswertes Gut. Möge dieser Gedenkstein dazu beitragen, eine freiheitliche Überzeugung in der Bevölkerung wach zu halten und zu stärken! Vielen Dank!

## **Eigentümer sind zu Arbeitnehmern gemacht worden**

*Rede von Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, am 25. April 2010 in Kyritz*

Herr Präsident Klamroth! Verehrte Frau Poppe! Herr Bürgermeister!  
Meine Damen und Herren Abgeordneten und Stadträte!  
Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Klamroth, ich habe mich von Ihnen überreden lassen, heute hier zu sprechen, weil ich selbst aus einer Landwirtschaft stamme und die Entwicklung und die damaligen Jahre, an die wir heute erinnern, selbst miterlebt und auch manche persönliche Erinnerung daran habe. Sie haben bereits einige historische Bezüge und Zusammenhänge erwähnt. Landwirtschaftspolitik ist schon seit langer Zeit ein nicht einfaches Politikfeld. Aber das, was wir in Deutschland erlebt haben, ist damals in der DDR mit anderen Argumenten geschehen, als sie uns heute vorgehalten werden.

Es begann damit, dass Wilhelm Pieck, der spätere Präsident der DDR, die Bodenreform verkündet hat. Fakt ist, dass die Alliierten noch vor Ende des 2. Weltkrieges beschlossen hatten, dass der Staat Preußen aufgelöst werden muss und die Länder neu zu strukturieren sind. Fakt ist, dass sie beschlossen hatten, die für die Rüstung notwendigen Großbetriebe, insbesondere die IG Farben, aber auch andere, zu zerschlagen. Fakt ist, dass die landwirtschaftlichen Flächen von Großeigentümern, die zu Beginn der 1930er Jahre im Zusammenhang mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten eine wichtige Rolle gespielt haben, zerschlagen werden sollten. Auf mehr konnten sich die ehemaligen Alliierten nicht einigen. Deshalb ist es dann den deutschen Ländern überlassen worden, wie eine solche Bodenreform durchzuführen ist.

Jeder, der in Geschichte ein wenig aufgepasst hat, weiß, dass es Bundesländer gab, die sich gar nicht darum gekümmert haben, dass es Bundesländer gab, die das relativ großzügig gehandhabt haben, beispielsweise Nordrhein-Westfalen, und dass es in der sowjetischen Besatzungszone unter dem Einfluss der sowjetischen Besatzungsmacht in völlig anderer Weise umgesetzt wurde.

Wenn zum Beispiel Wilhelm Pieck hier in Kyritz gesagt hat, dass in zahllosen Bauern- und Landarbeiterversammlungen die Forderung nach der Enteignung des Großgrundbesitzes unter Zuteilung des dadurch frei gewordenen Bodens an die kleinen Bauern und Landarbeiter gestellt worden sei und sich die Provinzial- und Landesverwaltungen aufgrund dieser Forderungen der Landarbeiter in den einzelnen damals neu gegründeten Ländern entschlossen hätten, diese Bodenreform mithilfe einer Verordnung mit Gesetzescharakter durchzuführen, dann war das damals schon Geschichtsklitterung. Denn wir wissen, dass gewählte Vertreter der CDU unter dem Einfluss der SMAD durch den Einsatz von militärischer Gewalt der Besatzungsmächte von ihren Funktionen einfach entbunden worden sind, weil sie mit dieser Entwicklung nicht einverstanden waren. Wenn man heute zum Beispiel die Protokolle der Landtagssitzungen, auch aus Sachsen-Anhalt, aus der damaligen Zeit liest, dann kann man nachlesen, dass das außerordentlich umstritten war und dass selbst die Bodenreform unter dem Diktat der Besatzungsmächte in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführt worden ist.

Wahr ist aber auch, dass viele Flüchtlinge aus Schlesien und Ostpreußen, die alles verloren hatten, erst durch die Bodenreform hier wieder eine neue Heimat gefunden haben. Ich kenne nicht wenige, auch aus meiner eigenen Familie, aus Schlesien Vertriebene, die dann ein paar Hektar bekommen haben und angefangen haben, sich mühsam eine neue Existenz aufzubauen. Sie waren froh, dass sie wieder etwas

zu essen und eine Aufgabe hatten. Sie glaubten, hier wieder eine Zukunft zu haben. Diese Bauern waren es, die dann im Jahr 1952, nachdem das Zentralkomitee der SED beschlossen hatte, den Sozialismus aufzubauen, und in den Folgejahren erfahren mussten, dass sie wieder alles abgeben sollten und dass sie sich zu Genossenschaften zusammenschließen mussten. Das hat – Frau Pope hat sehr nachdrücklich darauf hingewiesen – im Jahr 1953 auch auf den Dörfern zu erheblichem Widerstand geführt.

Aufgrund der Aufarbeitung der Ereignisse um den 17. Juni 1953 wissen wir ziemlich sicher, dass die Bauern in ca. 300 Gemeinden laut protestiert haben und dass es in ca. 114 Kleinstädten zu Bauerndemonstrationen im Zusammenhang mit dem 17. Juni gekommen ist. Mein Patenonkel – er war damals Landwirt in einer kleinen Gemeinde im Kreis Görlitz – hat an diesem Tag nichts anderes gemacht, als dem Bürgermeister zu sagen, er solle jetzt endlich mit dieser Rederei aufhören. Er hat dann zusammen mit einem Kollegen die DDR-Fahne vor dem Rathaus heruntergeholt und hat sie dem Bürgermeister in die Hand gedrückt und gesagt: Die kannst Du Dir mit nach Hause nehmen, die brauchen wir jetzt nicht mehr. Dafür ist er zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Davon hat er neuneinhalb Jahre absitzen müssen. Als er dann schwerkrank entlassen wurde, hat er noch ungefähr acht Wochen gelebt, bis er an seiner Erkrankung verstorben ist. Das waren die ersten Anfänge dessen, was wir heute Zwangskollektivierung nennen.

Nach dem 17. Juni 1953 ist auch die SED zunächst zurückgeschreckt und wusste, dass sie mit dieser Methode nicht weiter erfolgreich sein würde. Ende der 1950er Jahre wurde dann der zweite Schub der Kollektivierung beschlossen, der dann mit ganz anderen, und zwar stringenteren Methoden durchexekutiert worden ist.

Ich kann mich noch gut erinnern, dass so genannte Arbeitervertreter, Parteimitglieder aus den Betrieben, auf die Dörfer geschickt wurden und dort Agitationstrupps gebildet haben, die die Bauern überreden mussten. Ich erinnere mich noch an so manches Gespräch, das ich zufällig miterlebt habe, und auch daran, dass einige von denen offensichtlich auch nicht so richtig überzeugt waren. Sie hatten von der Partei den Auftrag, das Dorf zu kollektivieren und erst dann wieder zurückzukommen. Wenn das nach zwei bis drei Wochen immer noch nicht gelungen war, dann hatten einige langsam keine Lust mehr und wollten nach Hause. Wenn man heute hört, dass diese Kollektivierung eigentlich eine notwendige Maßnahme im Interesse der Bauern gewesen sein, weil sie es leichter haben sollten, dann ist das schlicht Geschichtsfälschung.

Natürlich war das Leben eines Kleinbauern ein hartes Leben. Das weiß jeder, der das miterlebt hat. Es gab keinen Urlaub und keinen freien Sonntag. Es musste auch am Wochenende gefüttert und gemolken werden und die Arbeit musste sich nach dem Wetter richten. Das Wort „Acht-Stunden-Tag“ kannten wir nicht einmal. Durch die Verbesserung der Produktionsbedingungen hat sich auch einiges in der Arbeitsorganisation erleichtert. Die Bildung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften hat dann auch das Zusammenleben auf den Dörfern verändert. Wenn man ehrlich ist, dann wird man das nicht wegdiskutieren wollen.

Wahr ist aber auch, dass das damals nicht die Argumentationsgrundlage für die Gründung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften war. Niemand hat damals gesagt: Lieber Bauer, wir machen das, weil wir wollen, dass es euch persönlich besser geht. Die Bauern selbst haben dies als eine schleichende Enteignung empfunden. An dieser Stelle muss man ganz deutlich sagen, dass der Genossenschaftsgedanke missbraucht wurde. Genossenschaften sind an sich nichts Schlechtes. Dass man mit Kleinstbetrieben bis zu 5 ha, wie sie nach der Bodenreform entstanden waren, keine moderne Landwirtschaft betreiben konnte, ist auch wahr. Das hat sich in vielen anderen Regionen der Welt gezeigt.

Bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde der Gedanke der Genossenschaftsbildung in der Landwirtschaft von Friedrich Wilhelm Raiffeisen entwickelt. Er hat damals Darlehnsvereine als Genossenschaften gegründet. Er hat Vertriebs- und Verwertungsgenossenschaften für den Bauern gegründet. Er hat auf diese Weise – ohne das Eigentumsrecht überhaupt nur anzugreifen – eine Zusammenarbeit auf den Dörfern organisiert, die sich über lange Zeit in unterschiedlichster Form bewährt hat. Die Raiffeisenbanken, die es heute noch gibt, sind eine Folge dieser Entwicklung. Bereits im Jahr 1878 hat er eine Zeitschrift, das so genannte landwirtschaftliche Genossenschaftsblatt, herausgegeben, in der er für die Zusammenarbeit der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe geworben hat. Davon war bei der Kollektivierung in den Jahren 1959/1960 überhaupt keine Rede. Wer uns das heute einreden will, der liefert Argumente, an die damals niemand gedacht hat, und versucht, die Sache im nachhinein schön zu reden.

Ich habe mir die Bücher aus der damaligen Zeit noch einmal angeschaut, in denen diese Entwicklung begründet und beschrieben wurde. Als Erstes wurde die Einführung des Sozialismus auf dem Lande beschlossen. Dazu gehörte als Ziel die Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Produktion. Im Klartext die Enteignung der Besitzer. Als Zweites ist von der Schicht der Genossenschaftsbauern die Rede, die sich – ich zitiere – „mit der Entwicklung der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft selbst weiterentwickelt und sich dabei der Arbeiterklasse immer mehr annähert.“ Ende des Zitats. Das heißt, aus Besitzern sollten schlichte Arbeitnehmer werden. Sie können auch heute – die Bücher gibt es heute noch – nachlesen, dass die Gründung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften mit Unterstützung der Arbeiterklasse geschehen sei und die Landwirtschaftsbetriebe dadurch unter schöpferischer Anwendung der Prinzipien des Leninschen Genossenschaftsplanes gebildet worden seien. Das war der staatspolitische Hintergrund.

Jeder, der das miterlebt hat, weiß, dass es mit den Statuten Typ I begann. Dabei konnte man das eigene Vieh behalten. Nur die Produktion auf den Feldern wurde „vergenossenschaftlicht“. Über den Typ II, den relativ wenige gemacht haben, ging es dann möglichst rasch zum Typ III, bei dem im Grunde genommen nur noch die staatlichen Direktiven umgesetzt wurden. In den Büchern von damals können Sie nachlesen, dass dies als genossenschaftliche Demokratie bezeichnet wurde.

Meine Damen und Herren!

Genossenschaftliche Demokratie hieß, dass die Mitgliederversammlung – ich zitiere – „auf der Grundlage der Beschlüsse der SED beschließt“. Wenn jemand auf einer Versammlung – meine Eltern haben das miterlebt – sagte, das müssen wir bei uns aber nicht mitmachen, dann wurde bestenfalls die Versammlung unterbrochen und beim nächsten Mal wurde durchexekutiert, was als Parteibeschluss vorgegeben wurde. Das nannte man dann „Leitung nach den Prinzipien der sozialistischen Betriebswirtschaft“.

Es stimmt auch, dass die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vieles, von der Schaffung von Kindergärten bis hin zu anderen Einrichtungen, für die Dörfer getan haben. Abführungen an den Staatshaushalt sowie die Investitionen, die notwendig gewesen waren, mussten vorher von der Staatlichen Plankommission genehmigt werden. Das verstand man unter der so genannten sozialistischen Demokratie. Das heißt, die Eigentümer sind zu Arbeitnehmern gemacht worden und der Staat bestimmte, was gemacht wird. Das darf man auch heute nicht vergessen, wenn Einzelne daran interessiert sind, die ganze Sache nach dem Motto „die Bauern hatten es doch leichter und konnten sogar in Urlaub fahren“ ein wenig nostalgisch schön darzustellen versuchen. Das sind Vorteile, die ich nicht wegdiskutieren will, aber von denen ich sage, dass die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften deswegen nicht gegründet worden sind.

Weil die Bauern das ahnten, sind in dieser Zeit ca. 15.500 – so ist es geschätzt worden – Landwirte in den Westen geflüchtet. Rund 200 Bauern – die Zahl ist nicht sicher bewiesen – haben dem Druck dieser Agitation nicht standgehalten und Selbstmord begangen. Auch das gehört zur Geschichte der Gründung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Rund 800 Landwirte und Bauern sind angeklagt und in öffentlichen Schauprozessen verurteilt worden. Alle Prozesse bezogen sich auf Vorwürfe, die die Partei vorgegeben hat.

Dabei konnte sie sich nicht nur auf Lenin beziehen, sondern auch auf Marx und Engels, die schon früher geschrieben hatten, dass dazu die Enteignung gehört und diese – ich zitiere – „nur mittels despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und die bürgerlichen Produktionsverhältnisse geschehen kann“. Genau das ist gemacht worden, und zwar unter Hinweis auf die angeblichen Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus, in denen der Gemeinbesitz der Produktionsmittel als anzustrebendes Hauptziel bei dem Aufbau des Sozialismus dargestellt wird und ein Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft dadurch organisiert werden sollte, dass die Bauern selbst zu Arbeitnehmern werden. Sie können schon in dieser Literatur nachlesen, dass man die Großbauern – ich zitiere – „beim ersten Anzeichen von Widerstand durch einen schonungslosen, vernichtenden Schlag ausschalten müsse“. Das sind die tatsächlichen Entwicklungsverhältnisse, die wir zu Recht beklagen.

Sie alle wissen, wie diese Entwicklung dann weiterging. Bereits am Ende der 1950er Jahre waren große Teile der Industrieproduktion, der Einzelhandel zu etwa 75 Prozent und die Verkehrseinrichtungen zu mehr als 95 Prozent verstaatlicht worden. Zuletzt sind die Handwerksbetriebe in den frühen 1970er Jahren mit der Gründung der Produktionsgenossenschaften verstaatlicht worden.

Zunächst hat die Zwangskollektivierung dazu geführt, dass die Einträge in der Landwirtschaft deutlich zurückgegangen sind und die DDR-Regierung erhebliche Probleme hatte, die Ernährung sicherzustellen. Das hat sich dann in der Mitte der 1960er Jahre deutlich verbessert. Aber auch im Jahr 1989 war die DDR-Landwirtschaft keine moderne Landwirtschaft. Während in Westdeutschland auf hundert Industrierbeiter etwa zwei Arbeitskräfte in der Landwirtschaft kamen, waren es in der DDR neun Arbeitskräfte. Wir hatten dann bei der Reprivatisierung oder Neustrukturierung der Eigentumsverhältnisse erhebliche Probleme und mussten erhebliche Investitionen tätigen, um eine Landwirtschaft aufzubauen, die effektiv und international wettbewerbsfähig ist. Aber ich sage ganz deutlich – ich weiß, dass manche das anders sehen – dass wir das in den neuen Bundesländern geschafft haben. (...)

Ich denke, dass der damals amtierende Vizepräsident des Deutschen Bundestages Carlo Schmid (SPD) Anfang April 1960 im Deutschen Bundestag das, was geschehen ist, am Besten erklärt hat. Er sagte: „Drüben, jenseits des Eisernen Vorhanges geht jetzt ein neues Bauernlegen zu Ende. Man sagt den Betroffenen und man sagt uns, was getan werde, geschehe aus wirtschaftlichen Gründen, es sei ein Stück Rationalisierung der Landwirtschaft. In Wirklichkeit handelt es sich um etwas ganz anderes, denn die, die ihre Höfe verlieren, bringen kein freiwilliges Opfer für das Gemeinwohl, das den Menschen erhöht, sondern werden schlicht erpresst. Das Böseste daran aber ist, dass man so tut, als freuen sie sich über die neue Ordnung. Zur Gewalt fügt man die Lüge und man will das Volk zwingen, diese Lüge für die Wahrheit zu halten. Was hier geschieht, erfüllt uns alle mit Trauer, denn es stirbt am Baum unseres Volkes ein wichtiger Zweig ab.“

Meine Damen und Herren! Diesen wichtigen Zweig gibt es wieder und niemand kann uns heute zwingen, die Lüge von damals als Wahrheit zu begreifen, zu verstehen und zu interpretieren. Damit an diese Wahrheit erinnert wird, finde ich es gut, dass Sie sich als Verband entschlossen haben, an die damals Betroffenen mit einem Gedenkstein zu erinnern. Vielen Dank.



Bauer Adolf Behne aus Dähre in der Altmark (siehe Seite 18)



Jessen/Elster, 17. Juni 1953

Bauern demonstration am 17. Juni 1953 in Jessen an der Elster

## **Unser Land habt Ihr - uns habt Ihr noch lange nicht**

*Beitrag des Historikers Falco Werkentin über den bäuerlichen Widerstand gegen die Zwangskollektivierung auf der Podiumsdiskussion am 25. April 2010 in Kyritz*

Soweit Sie aus bäuerlichen Familien kommen wird jeder - und jede - von Ihnen weitaus authentischer als ein Historiker aus der eigenen Familiengeschichte heraus anschaulich machen können, mit welcher Brutalität die SED seit der Bodenreform ihr Ziel verfolgte, den auf Grundbesitz beruhenden bäuerlichen Familienbetrieb als Lebensgrundlage und Lebensweise zu zerstören und ich hoffe, dass einige von Ihnen sich noch zu Wort melden werden. Damit will ich mit meinem Beitrag auch nicht konkurrieren.

Was ich als Historiker leisten kann, ist Ihnen und der breiteren uninformierten Öffentlichkeit zu zeigen, welche Belege sich in den Akten der SED, der Volkspolizei, des Ministeriums für Staatssicherheit und der Justiz finden für die gewalttätige Vernichtung der auf Bodeneigentum begründeten traditionellen bäuerlichen Lebensweise. Zugleich sind diese Akten aber auch eine reiche Quelle an vielfältigen Zeugnissen bäuerlichen Widerstands gegen diese Entwicklung.

Allerdings ist es die bäuerliche Lebensgrundlage selbst, die Widerstand besonders schwierig macht: Die Bindung an den eigenen Grund und Boden als Existenzvoraussetzung und die Notwendigkeit der täglichen Versorgung von Stall und Feld. Anders als der Lohnarbeiter kann der Bauer nicht streiken, anders als der Lohnarbeiter kann der Bauer nicht den Ort bzw. Betrieb wechseln, wenn lokal der Druck zu groß oder die Solidarität zwischen Schicksalsgenossen zu gering ist. Das Vieh nicht zu versorgen, das Feld nicht zu bestellen, oder den eigenen Hof zu verlassen – all dies hätte zwangsläufig zur Folge, die an den eigenen Boden gebundene Existenzgrundlage aufzugeben. Es blieben den Bauern folglich nur wenige Möglichkeiten des Widerstands.

Zunächst zur Bodenreform des Jahres 1945. Eine Bodenreform in Deutschland hatte ihre historische Berechtigung. Wann immer Sie in Texte zur deutschen Agrargeschichte schauen, werden Sie nachlesen können, in welchem Umfang und mit welcher Brutalität spätestens seit dem 15. Jahrhundert ein massives Bauernlegen begann und die Ritterschaft sich große Güter zusammenraubte, indem zunehmend eine freie Bauernschaft enteignet und schließlich zu großen Teilen in Leibeigenschaft oder Erbuntertänigkeit gepresst wurde. Mecklenburg und Vorpommern sind dafür ein besonders deutliches Beispiel.

Doch was im September 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone hier in Kyritz von Wilhelm Pieck als Bodenreform ausgerufen wurde, war der Beginn einer Entwicklung, in der es nicht darum ging, historisches Unrecht aufzuheben. Vielmehr war es ein Prozess, an dessen Ende 1960 die völlige Liquidierung des auf den Besitz von Boden begründeten bäuerlichen Familienbetriebes stand. Daher fehlt dieser Bodenreform jegliche historische Rechtmäßigkeit oder Legitimität.

Die Partei „Die Linke“ hat gestern hier am selben Ort eine Gegenveranstaltung zur heutigen Veranstaltung des Bauernbundes gemacht. Es hätte mich sehr gereizt, daran teilzunehmen. Denn es interessiert mich sehr, wie „Die Linke“ damit umgeht, dass sich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nach 1990 ein neues Junkertum mit Gutsflächen von bis zu 6.000 Hektar entwickelt hat. Zwar sind diese neuen Gutsbesitzer keine adligen Ritter mehr – wohl aber vielfach Genossen aus der Agrar-Nomenklatur der SED, die sich diese Flächen im Prozess der Auflösung der LPGen zusammengerafft haben, um das Wort zusammengeraubt zu vermeiden. Bauern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen – darum ging es der KPD, der SED und der heutigen Nachfolgepartei nicht.

Mit Jens Schöne teile ich die These, dass bereits die Bodenreform der erste Schritt zur Kollektivierung war, indem sie zu Hundertausenden Neu- und Kleinbauernhöfen führte, die wirtschaftlich nicht überlebensfähig waren, aber die Sozialstruktur im Dorf veränderten und faktisch zu einem neuen Landproletariat aus Neubauern führte, für die der Weg in die LPG ab Sommer 1952 die letzte ökonomische Rettung war. Zugleich diente die Bodenreform der SED dazu, im Dorf ein ihr gegenüber loyales Klientel zu schaffen – jedenfalls war dies die Hoffnung der Partei. Und schließlich setzte die SED auch darauf, dass auf diesem Wege im Dorf der Sozialneid der wirtschaftlich schwachen Klein- und Neubauern gegen die wirtschaftlich erfolgreicherer Altbauern politisch genutzt werden konnte. Immerhin standen 1950 den etwa 166.000 Mittel- und Großbauern über 10 Hektar mehr als 450.000 Kleinbauern unter zehn Hektar gegenüber, die nur knapp 43 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten.

Und so begann ab 1948 die zweite Phase – der Klassenkampf gegen die Großbauern – analog zum Kampf gegen die so genannten Kulaken in der Sowjetunion. Zum zentralen Instrument wurde ab 1948 die Justiz, die Tausende Prozesse gegen Großbauern mit dem Ziel der Enteignung unter dem Vorwurf führte, das von ihnen geforderte besonders hohe Ablieferungssoll nicht erfüllt zu haben. Die Justiz wurde zum „Hebel der gesellschaftlichen Umwälzung“, wie es 1959 ein hoher Justizfunktionär formulierte. Flankiert wurde diese Agrarpolitik, die im Kern allerdings nicht Agrar- sondern sozialistische Gesellschaftspolitik war, durch vielfältige Einschränkungen bei der Ausstattung mit Betriebsmitteln und durch ständige Erhöhungen des Ablieferungssolls mit dem Ziel, Großbauern die Erfüllung der Ablieferungspflichten unmöglich zu machen.

Beispielhaft ist ein Prozess im Jahre 1951 in Dähre, einem größeren Dorf in der Altmark, den ich in gebotener Kürze knapp skizzieren will. Am 11. Dezember 1951 hatte das Politbüro der SED einen „Beschluss über die unverzügliche Aufholung der Rückstände in der Erfüllung der Erfassungspläne für landwirtschaftliche Erzeugnisse“ gefasst. Zur Durchsetzung des Beschlusses eröffnete am 19. Dezember, 8 Uhr, Sachsen-Anhalts Landwirtschaftsminister Willi Maikath eine Sitzung in Salzwedel. Dabei legte Maikath fest, dass noch am selben Tag zwei Prozesse gegen Großbauern zu führen seien, und benannte zugleich die Abzuurteilenden. Gegen 12.30 Uhr trafen zwei Volkspolizisten in Dähre ein, die den betreffenden Bauern festnahmen. Gegen 13 Uhr erhielt ein Staatsanwalt den Auftrag, noch am selben Tag in Dähre einen Prozess zu führen. Gegen 14.30 Uhr bekam ein Richter die Nachricht, dass er am Abend in Dähre einem Prozess vorsitzen müsse. Der Schauprozess selbst begann gegen 19.30 Uhr im örtlichen Schulgebäude. Der Verhandlungsraum war mit dreißig bis vierzig Dorfbewohnern, den Justizfunktionären, einigen Volkspolizisten, dem Angeklagten und einigen Sachverständigen gefüllt. Die agitatorische Botschaft der Inszenierung kam bei den Zuschauern nicht an. In einem internen Bericht ist zu lesen: Die herangezogenen Sachverständigen bestätigten, dass von diesem Bauern nicht zu vertretende Flurschäden die Erfüllung des Ablieferungssolls verhindert hätten. Dessen ungeachtet verkündete gegen 20.30 Uhr der Richter das am Vormittag von Minister Maikath gefällte Urteil: Ein Jahr und sechs Monate Zuchthaus sowie die Einziehung des Hofes. Als gegen 20.40 Uhr Volkspolizisten den Verurteilten ins Gefängnis fahren wollten, wurde er von Dorfbewohnern befreit, so dass er flüchten konnte. Dies hatte Folgen.

Im Juni 1952 sprach das Bezirksgericht Magdeburg gegen vier an der Befreiung Beteiligte Haftstrafen aus. Einer von ihnen, Adolf Behne, erhielt dreieinhalb Jahre Zuchthaus, verlor selbstverständlich seinen Hof und flüchtete nach der Entlassung in die Bundesrepublik. Ich habe Adolf Behne 1992 kennengelernt und im Grunde erst durch ihn begriffen, was für einen Bauern der Besitz von Grund und Boden und die Verpflichtung gegenüber der Familientradition bedeuten. Denn auf meine erstaunte Vorhaltung, warum er nicht selbst auch geflüchtet sei, da er doch mit seiner Verhaftung hatte rechnen müssen, erklärte er, er hätte sich einfach nicht überwinden können, die Heimat und den in vierter Generation

von seiner Familie geführten Hof zu verlassen. Kollektive Widerstandsaktionen wie die in Dähre blieben angesichts der Härte, mit der das Regime reagierte, allerdings selten.

Nachdem ab Sommer 1952 auf Weisung der SED die ersten LPGen freiwillig von Neu- und Kleinbauern gegründet wurden, radikalisierte die SED Ende 1952 ihren Kurs in Richtung Kollektivierung – erneut mit einer Vielzahl von Prozessen, denen sich Bauern nur durch die Flucht in die Bundesrepublik entziehen konnten. In den so genannten Großbauernbeschlüssen des Politbüros der SED vom 3. Februar 1953 heißt es unter anderem: „Wenn Grossbauern darum ersuchen, ihren Boden über fünf bis acht Hektar – je nach Bodenklasse – zur Verfügung zu stellen, ist dieser durch den Kreisrat zu übernehmen, wenn der Grossbauer eine Erklärung abgibt, dass er diesen Boden niemals zurückfordern wird. Wollen (...) Grossbauern durch Aufteilung ihrer Wirtschaften an Verwandte sich als Kleinbauern ausgeben, so ist die Aufteilung vom Kreisrat zu untersagen.“ Großbauern wurde nicht einmal erlaubt, „freiwillig“ LPG-Mitglieder zu werden. Sie sollten als soziale Gruppe in Gänze vernichtet werden.

Das Ergebnis dieser Praxis zeigt sich in vermehrten Enteignungen und steigenden Fluchtbewegungen. Allein in den zwölf Monaten vom Juli 1952 bis Juni 1953 ließen über 15.000 Bauern Haus und Hof zurück und flüchteten in die Bundesrepublik. Dieser totale soziale Krieg, den die SED seit der 2. Parteikonferenz im Juli 1952 in gleicher Schärfe auch gegen mittelständische Unternehmer und Gewerbetreibende im gesamten Land anzettelte und schließlich auch die Arbeiter mit der Drohung von Normerhöhungen traf, führte zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953. In diesen Tagen kam es in der Tat zu jenem Bündnis von Arbeitern und Bauern, von dem die SED-Propaganda seit Jahren geschwärmt hatte, allerdings unter anderen Vorzeichen. Denn nicht nur in den Großstädten, sondern gerade auch in vielen Dörfern und ländlichen Regionen kam es zu Revolten und Demonstrationen gegen die Regierung.

Viele LPGen lösten sich nach dem 17. Juni wieder auf – die SED bot den Bauern einen Burgfrieden an. Enteigneten und in die Bundesrepublik geflohenen Bauern wurde das Angebot gemacht, ihre Höfe wieder zu übernehmen. Doch nur wenige nahmen dieses Angebot an. Nach einigen Jahren relativer Ruhe wurde der Kollektivierungskurs ab Ende 1958 wieder verschärft. Erneut war es der Vorwurf, dass die selbstständigen Bauern ihre Ablieferungssoll nicht erfüllen würden, der herangezogen wurde, um in gerichtlichem Verfahren Bauern zu enteignen oder vor die Alternative zu stellen „Zuchthaus oder LPG-Eintritt“. Dabei tat die SED alles nur denkbare, um bäuerlichen Betrieben die Erfüllung des Ablieferungssolls unmöglich zu machen.

In einem Bericht des Ministeriums der Staatssicherheit an das Zentralkomitee der SED vom 9. Januar 1958 beispielsweise wird der Traktorenbestand bei Einzelbauern bemängelt: „In unserer gesamten Republik hat der Bestand an Traktoren bei Einzelbauern innerhalb eines Jahres um rund zehn Prozent, d. h. von 20.000 auf 22.000 zugenommen. In einem umfassenden Bericht über die Lage der Landwirtschaft, den wir für das ZK erarbeitet haben, wurde auf diese Erscheinung besonders hingewiesen. Von uns wurde eine Reihe wichtiger operativer Maßnahmen eingeleitet, die diesen Zustand beseitigen sollen.“ Für vollgenossenschaftliche Dörfer erteilte das Ministerium des Inneren der Volkspolizei am 6. April 1960 neue Weisungen: „Soweit Einzelbauern, die jetzt in die LPG eingetreten sind, Eigentümer oder Besitzer nicht zugelassener Traktoren sind, ist schnell und unbürokratisch die Zulassung dieser Traktoren vorzunehmen, um sie durch die LPG voll ausnutzen zu können. Dabei sollte auch überprüft werden, inwieweit der Entzug der Fahrerlaubnis bei ehemaligen Einzelbauern, die jetzt Mitglieder der LPG sind, noch aufrechterhalten werden muß.“

Es wiederholte sich also die Praxis aus den Jahren vor dem 17. Juni 1953. Das Regime entzog selbstständigen Bauern nach und nach die Arbeitsmittel, um dann die Überlebensversuche als moralisch und

strafrechtlich verwerfliche Verbrechen auszugeben und mit Haftstrafen verfolgen zu können. Der Erfolg der neuen Kollektivierungskampagne schlug sich unmittelbar im Anstieg der Republikflucht ab 1959 und der Zahl der sogenannten Staatsverbrechen auf dem Lande nieder. Bei Bauernprozessen wurde nicht einmal davor zurückgeschreckt, mit gefälschten Protokollen Vorwände für eine Verurteilung zu konstruieren: Dem Bauern Alfred Heiland aus Mose bei Magdeburg etwa wurde 1960 vorgeworfen, dass bei der Hausdurchsuchung versteckte Waffen aus dem Zweiten Weltkrieg gefunden worden seien. In seiner Stasi-Akte konnte Heiland 1993 zwei Hausdurchsuchungsprotokolle finden, beide vom selben Tag, beide unterzeichnet vom selben Volkspolizisten: In dem einen Protokoll ist ein Waffenfund verzeichnet, im anderen Protokoll ist von Waffen mit keinem Wort die Rede.

Als der bis dahin aufgebaute Druck immer noch nicht ausreichte, um alle Mittel- und Großbauern zur Aufgabe zu zwingen, schritt die SED daher im Frühjahr 1960 zum finalen Kampf, wie Sie wissen. Zehntausende sogenannter Agitatoren zogen in die Dörfer, um eintrittsunwillige Bauern zum Eintritt in die LPG zu bewegen. In manchen Dörfern marschierten die sogenannten „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ mit Lautsprecherwagen auf, um der Forderung nach LPG-Eintritt Nachdruck zu verschaffen. Die auf den beiden Folgeseiten gezeigten Dokumente sprechen für sich.

Bauern und selbst Landarbeiter wehrten sich weiter: Im Bericht der Deutschen Volkspolizei zur Lage der Landwirtschaft vom 5. Juli 1960 ist von zahlreichen Beschädigungen landwirtschaftlicher Geräte und beachtlichen Viehverendungen die Rede: „Die staatsgefährdenden Delikte, die sich unmittelbar gegen die sozialistische Entwicklung der Landwirtschaft richten, sind in den Monaten März und April 1960 gegenüber den Monaten Januar und Februar 1960 stark angestiegen.“ In ihrer Verzweiflung schritten manche Bauern sogar zum Selbstmord, wie das Ministerium für Staatssicherheit beobachtete, um zugleich wortreich dem jeweiligen Einzelfall individuelle Probleme zuzuordnen.

Die Kollektivierung der Menschen im ländlichen Raum war mit der Kollektivierung des Bodens allerdings längst nicht vollzogen. So finden wir in den Akten der SED eine Vielzahl an Berichten über Produktionsgenossenschaften, aus denen die Mitglieder wieder austraten, und über andere Formen ländlichen Widerstands. So berichtet etwa die Bezirksleitung Dresden im Juli 1961 von verstärkten Austrittserklärungen: 478 Bauern, vor allem in den Landkreisen Löbau, Zittau, Bautzen und Kamenz, hätten die Genossenschaft wieder verlassen. Dabei wurden teils republikfeindliche Losungen verbreitet, zum Beispiel diese: „Wir machen jetzt LPG Typ IV, der Bauer im Westen, die Felder bleiben hier.“

Kurz nach dem Mauerbau war im August 1961 in der Fachzeitschrift für DDR-Juristen „Neue Justiz“ zu der rechtlichen Problemstellung ein klärendes Wort zu lesen: „Ein Jahr nach der sozialistischen Umgestaltung kann deshalb für keinen Bauern mehr die Frage eines Austritts aus der LPG stehen, weil das einen Rückschritt sowohl für die Gesellschaft als auch für ihn selbst bedeuten würde. Es wäre überdies eine Unterstützung des Klassenfeindes, die moralisch verwerflich und mit der sozialistischen Gesetzlichkeit unvereinbar ist. Gesetzliche Bestätigung einer vollzogenen Entwicklung durch das höchste Organ des Volkes heißt, daß dieser Zustand von niemandem rückgängig gemacht werden kann.“

Gleichwohl, LPG-Austritte gab es noch bis in den Oktober 1962, obwohl das Politbüro der SED Ende 1961 nicht einmal davor zurück schreckte, zur Festigung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften Todesurteile gegen Bauern anzuweisen, die für die Auflösung einer LPG im Sommer 1961 verantwortlich gemacht worden waren. Wer kann da noch vom „Sozialistischen Frühling“ reden, ohne schamrot zu werden?

# VEB ELEKTROMOTORENWERKE THURM

Werk I: THURM

Werk II: PLAUEN

Werk III: GERA

Werk IV: SCHÖNHEIDE

Werk V: WERDAU



Absender: VEB Elektromotorenwerke Thurm, Thurm/Sachsen

An den  
Genossen

Sämtlicher Schriftverkehr  
ist an das Werk I Thurm  
zu richten.

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Ihrer Zeichen

EPO - W/R

THURM, den

11.1.1960

## Parteiauftrag

Lieber Genosse

In Auswertung des 7. Plenums des ZK und auf Beschluß des Büros der SED-Kreisleitung Zwickau-Land erteilen wir Dir folgenden Parteiauftrag:

Du wirst als ständiger Agitator bei dem

Einzelbauer Degenkolbe, Bruno (13,91 ha)  
in Niedermülsen Nr. 24

zusammen mit dem Genossen Wagner, Bernhard eingesetzt.

Dieser Parteiauftrag hat so lange Gültigkeit, bis Du o.a. Bauer für den Eintritt in die LPG Morgenröte Niedermülsen gewonnen hast.

Bis zum 30.1.1960 erwarten wir die erste schriftliche Kurzinformation über die erfolgte Aussprache. Des Weiteren sollst Du monatlich das Betriebskomitee für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft von Deinen weiteren Aussprachen informieren. Grundlage der Aussprachen sind die Referate und Diskussionen auf dem 7. Plenum.

Mit sozialistischem Gruß

- Klinge -  
stv. Werkdirektor

- Wolf -  
1. Sekretär

Telegramm-Anschrift:  
Telex 8743 Elektro Thurm  
Fernschreiber:  
0578743 Elektro Thurm  
Fernruf:  
Mülsen 255-258 u. 322  
Abt. Absatz 402

Bankkonten:  
DNB Zwickau, Konto 1501  
Bank-Kenn-Nr. 114210  
VF-Stelle Karl-Marx-Stadt  
VF-Stelle Berlin  
Postcheckkonto Leipzig  
17380

Bahnanschriften:  
Werk I Frachtgutsendungen: Mosel/Sa.  
Waggonsendungen: Lichtenstein/Sa.  
Personenverkehr: Zwickau od. Glauchau  
Weiterfahrt mit Autobus  
Werk II Plauen/Vogtl. Unt. Bahnhof  
Werk III Gera/Süd  
Werk IV Schönheide-Mitte

# ***Der Bauer Stiehler und seine Einstellung zu unseren staatlichen Organen!***

---

Seit Wochen und Monaten versuchen fortschrittliche Werktätige und Funktionäre der Parteien und Organisationen die Einzelbauern von Grünstädte! zu überzeugen,

*daß durch gemeinsame Arbeit die landwirtschaftliche Produktion gesteigert wird*

*daß durch die Anwendung der sozialistischen Technik die Arbeit erleichtert wird*

*daß der sozialistischen Großraumwirtschaft - der LPG - die Zukunft gehört!*

**Bauer Stiehler** beschimpft aber die Vertreter der staatlichen Organe mit »Halsabschneider«.

## ***Wer sind Halsabschneider?***

**Der Bürgermeister Barthel**, der den werktätigen Bauern hilft, ihre Ernte verlustlos einzubringen

der den werktätigen Bauern den Absatz ihrer Produkte sichert, der aktiv an der Erhaltung des Friedens und am Aufbau des Sozialismus schafft?

**Oder die alten Faschisten**, die mit Konzentrationslager, Strick und Peitsche diktierten, die der Zeit nachtrauern, wo die Gerichtsvollzieher in den Gehöften ein- und ausgingen

die die Politik des »Reichsnährstandes« vertraten und heute in Westdeutschland mit dem Lübke-Plan fortsetzen?

Das war, ist und bleibt eine Halsabschneide-Politik!

**Bauer Stiehler** hätte allen Grund, aus seiner Vergangenheit bessere Lehren zu ziehen.

Im Volksmund heißt es:

***Was ich selber denk' und tu'  
trau' ich anderen Leuten zu!***

Wir sagen: ***Kehr um, Bauer Stiehler!*** Du mißbrauchst die sozialistische Demokratie! Die Mehrheit der werktätigen Bauern hat eine bessere Einstellung zu unseren staatlichen Organen.

Dazu kommt, daß der Bauer Stiehler im Betrieb Arno Kunzmann nichts dagegen unternimmt, wenn trotz Verbot ein »Ab-Hof-Verkauf« getätigt wird. Es ist anzunehmen, daß er weiß, daß man damit den Kindern die Milch und den Werktätigen die Butter entzieht und damit eine geregelte Versorgung der Bevölkerung stört.

Es wäre gut, noch einmal nachzudenken, ob diese Äußerung nicht mit einer besseren Einstellung zu unseren staatlichen Organen, und zur sozialistischen Entwicklung wieder gutgemacht werden kann.

## ***Der Bauer Stiehler***

hat Gelegenheit, in der nächsten Bauernversammlung und in der Presse dazu Stellung zu nehmen.

Die Werktätigen wollen nicht, daß Grünstädtel ein einzelbäuerliches Museum wird und sagen den werktätigen Bauern:

Nur der ist ein guter Bauer, der das Neue fördert, der bestrebt ist, der Gesellschaft das Größtmöglichste zu geben.

Nur der ist ein fortschrittlicher Bauer, der nicht nur an sich, sondern auch an uns denkt, der sich für den Sieg des Sozialismus und für die Erhaltung des Friedens aktiv einsetzt!

***Helft alle mit bei der Organisierung der sozialistischen Großraumwirtschaft!***

## ***Nationale Front***

des demokratischen Deutschlands  
- Kreisausschuß Schwarzenberg -

## **Fünfzig Jahre Zwangskollektivierung im Spiegel der Presse**

*Reinhard Jung, Geschäftsführer des Bauernbundes Brandenburg*

Ein runder Jahrestag, das erste Denkmal seiner Art, knorrige Zeitzeugen und ein politischer Skandal – die Ereignisse um den 50. Jahrestag des Abschlusses der Zwangskollektivierung boten in vielerlei Hinsicht günstige Voraussetzungen, um die Medien für das Thema und seine Bedeutung bis in unsere Zeit hinein zu interessieren. Dabei hatten wir mit der Pressearbeit zunächst ganz vorsichtig angefangen und nur auf Anfragen der Lokalzeitung reagiert, zumal die Zustimmung der Kyritzer Stadtverordneten zum Denkmal alles andere als sicher war und wir diese mit einer heftigen öffentlichen Auseinandersetzung keinesfalls gefährden wollten.

Einen Vorgeschmack auf die verharmlosende Sichtweise der Linken lieferte ein Leserbrief der linken Bundestagsabgeordneten Dr. Kirsten Tackmann vom 20. Februar 2010 in der Lokalausgabe der Märkischen Allgemeinen. Unter Bezug auf den gegenwärtigen Strukturwandel, bei dem bäuerliche Betriebe aufgegeben werden, schrieb sie: „Auch die LPG-Gründungen hatten mit einem Strukturwandel zu tun, der auf dem Weg zu einer leistungsfähigeren Landwirtschaft für notwendig gehalten wurde. Dabei bleibt aber im Gegensatz zu den aktuellen Vorgängen das Eigentum in einer Genossenschaft bestehen, wenn auch nicht das einzelbäuerliche.“ Das Freiwilligkeitsprinzip sei teilweise durch überzogenen Druck konterkariert worden, gestand Tackmann ein: „Dennoch haben sich für viele die Arbeits- und Lebensbedingungen in der LPG deutlich verbessert, weil z. B. die Arbeitsteilung gerade Frauen entlastete.“ Dankenswerterweise konterte vier Tage später der Pfarrer im Ruhestand Karl-Ernst Selke, indem er Tackmann an die Fakten erinnerte: „Als die Kollektivierung im Sozialistischen Frühling bis etwa 1960 erfolgte, wurde sie durchweg von geradezu terroristischen Aktionen gegen die Dorfbevölkerung erzwungen. Die Briefeschreiberin sollte sich mal von älteren Mitbürgern erzählen lassen, wie sie im Frühjahr 1960 wochenlang von Agitatorentrupps mit Lautsprechern und Psychoterror gepeinigt wurden, bis sie den Beitrittsantrag zur LPG unterschrieben haben. Dass sie später das Beste daraus machten und der LPG-Mitgliedschaft auch positive Seiten abgewinnen konnten, entschuldigt nicht diese DDR-Kulturrevolution.“

Mit Beschluss der Kyritzer Stadtverordnetenversammlung vom 24. Februar 2010 war nicht nur der Weg frei für die organisatorischen Vorbereitungen – mit exakt zwei Monaten bereits ein sehr enger Zeitrahmen – sondern auch für die Information der Presse. Diese erfolgte Anfang April zusammen mit dem Angebot, Zeitzeugen zu vermitteln. Nicht alle von unseren Altbauern, die dafür in Frage kamen, waren dazu sofort bereit. Unsicherheit gegenüber den Medien spielte dabei eine Rolle, aber auch die Angst, sich wieder intensiv mit den schmerzlichen Erinnerungen an diese Zeit auseinandersetzen zu müssen. Umso erfreulicher, dass sich Hans Bardenwerper, Günter Nettelbeck, Ulrich Toppel und Horst Gauert dazu bereiterklärten und den Journalisten, oft mehrfach, Rede und Antwort standen. Unsere erste Pressemitteilung lautete folgendermaßen:

### *Pressemitteilung 9. April 2010*

#### *Erstes Denkmal für Opfer der Zwangskollektivierung in Kyritz*

*Am 25. April 2010 wird der Deutsche Bauernbund in Kyritz ein Denkmal für die Opfer der Zwangskollektivierung einweihen. Es ist das erste Denkmal dieser Art in Deutschland. Auf der Veranstaltung sprechen Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer, die Brandenburgische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur Ulrike Poppe und der Präsident des Deutschen Bauernbundes Kurt-Henning Klamroth.*

*“Den Opfern der Zwangskollektivierung im so genannten Sozialistischen Frühling 1960 in der DDR” steht auf der schlichten Bronzeplatte an dem zwei Meter hohen Findling am Ortseingang von Kyritz. Das Denkmal erinnert künftig daran, dass in der kurzen Zeit von Mitte Januar bis zum 25. April 1960 etwa 400.000 bis dahin selbständige Bauern mit brutaler Gewalt und Psychoterror gezwungen wurden, ihr Eigentum in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften einzubringen. Zahlreiche Landwirte entzogen sich der Kollektivierung durch Selbstmord oder Flucht in den Westen.*

*“Die Folgen des Sozialistischen Frühlings belasten die ostdeutsche Agrarstruktur bis heute”, begründet Klamroth das Engagement des Bauernbundes für das Denkmal. Im Anschluss an die Einweihung findet zu diesem Thema eine Podiumsdiskussion in Kyritz statt, an der u. a. der Historiker Falco Werckentin und der Rechtsanwalt Werner Kuchs teilnehmen.*

Bereits die Konstellation in der Kyritzer Stadtverordnetenversammlung – CDU, FDP, Bündnisgrüne, Bauern und Teile der SPD für das Denkmal, Linke und Teile der SPD dagegen – zeigte eine gewisse Frontlinie der Erinnerungskultur auf. Diese gewann noch an Deutlichkeit, als die linkslastige Rosa-Luxemburg-Stiftung für den Vortag der Denkmaleinweihung eine Gegenveranstaltung, ebenfalls in Kyritz, ankündigte: „Agrargenossenschaften gestern und heute – Konferenz aus Anlass des 50. Jahrestages des Abschlusses der Genossenschaftsbildung in der Landwirtschaft der DDR 1960“. Im Podium neben der linken Bundestagsabgeordneten Dr. Kirsten Tackmann u. a. auch Udo Folgart, SPD-Landtagsabgeordneter und Präsident des Landesbauernverbandes. Die Schwierigkeit, zwanzig Jahre nach der Wende in Ostdeutschland einen Ort zu finden, wo an DDR-Unrecht erinnert werden darf, und der offensichtliche Versuch von Linken und einigen Sozialdemokraten, dieses zu relativieren, verstärkte die mediale Attraktivität des Themas um eine aktuelle politische Note. So schrieben wir unsere zweite Pressemitteilung:

Pressemitteilung 21. April 2010

Bauernbund Brandenburg: Folgart beleidigt freie Bauern

*Als „Beleidigung für alle freien Bauern“ hat der Bauernbund Brandenburg die angekündigte Teilnahme des Landesbauernverbandspräsidenten Udo Folgart an der Veranstaltung „Agrargenossenschaften gestern und heute“ der linkslastigen Rosa-Luxemburg-Stiftung am 24. April in Kyritz bezeichnet.*

*„Bereits im Untertitel der Tagung wird die brutale Zwangskollektivierung vor fünfzig Jahren als Abschluss der Genossenschaftsbildung verharmlost“, kritisiert Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung. Der Linken gehe es offensichtlich darum, die Verbrechen der DDR-Führung gegenüber den Bauern zu relativieren, indem die mit Gewalt geschaffenen Großstrukturen als besonders fortschrittlich dargestellt werden. Jung: „Wer sich dafür hergibt, hat jede politische Glaubwürdigkeit verspielt“.*

*Der Deutsche Bauernbund, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe in den neuen Bundesländern, wird am 25. April in Kyritz ein Denkmal für die Opfer der Zwangskollektivierung einweihen. Es sprechen u. a. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer und die Brandenburgische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur Ulrike Poppe. Jung: „Wir gedenken der Opfer, der Bauernverband hofiert die Erben der Täter.“*

Jetzt kam die Presseberichterstattung so richtig in Gang – zunächst mit großen, oftmals ganzseitigen Berichten über den Anlass des Denkmals. „Klassenkampf auf dem Acker“ titelte die Märkische Allgemeine, „Kampf um die Äcker“ die Berliner Zeitung und „Die Kälte des Sozialistischen Frühlings“ der Tagesspiegel mitsamt Potsdamer Neuesten Nachrichten, während die Märkische Oderzeitung mit „Wir waren besser als die LPG“, der Oranienburger Generalanzeiger mit „Das war ein großer Schmerz“ und der RBB-Rundfunk persönliche Schicksale nachzeichneten. Selbst das Neue Deutschland schlagzeilte ein wenig selbstironisch „Zum Glück in der LPG gezwungen“. Unsere dritte Pressemitteilung am Tag der Denkmaleinweihung war dann nur noch Routine, denn fast alle wichtigen Medien waren da:

Pressemitteilung 25. April 2010

Deutscher Bauernbund weiht Denkmal in Kyritz ein

*Unter großer Beteiligung wurde am heutigen Sonntag in Kyritz das erste Denkmal für die Opfer der Zwangskollektivierung vor fünfzig Jahren in der DDR eingeweiht. Der Deutsche Bauernbund hatte am Ortsrand einen zwei Meter hohen Findling mit Bronzetafel errichtet. Sein Präsident Kurt-Henning Klamroth konnte über 200 Teilnehmer begrüßen, darunter Landtagsabgeordnete der CDU, der FDP und der Bündnisgrünen aus Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Ulrike Poppe, Brandenburgische Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, erinnerte an das Leid der Bauern, die nur die Wahl hatten zwischen Gefängnis, Flucht oder Eintritt in die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft. Die DDR dürfe nicht nostalgisch verklärt werden, forderte Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer und plädierte dafür, sich vorbehaltlos und aufrichtig der Geschichte zu stellen.*

*Auf Unverständnis stieß die von der linken Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann initiierte Gegenveranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom gestrigen Samstag in Kyritz, auf der die brutale Zwangskollektivierung als "Abschluss der Genossenschaftsbildung" verharmlost wurde. Insbesondere die Mitwirkung des SPD-Politikers und Präsidenten des Landesbauernverbandes Udo Folgart an dieser Veranstaltung wurde kritisiert. Klamroth: "Das ist eine Missachtung der Opfer und eine Frechheit gegenüber allen selbständigen Bauern, die nach der Wende ihre Höfe wieder aufgebaut haben und inzwischen mehr als die Hälfte der Flächen bewirtschaften."*

Mit Beiträgen in der Welt, der Süddeutschen Zeitung, der Frankfurter Allgemeinen, der Frankfurter Rundschau und der taz erreichte das Denkmal für einen kurzen Moment den Zenit bundesweiter Medienaufmerksamkeit, um gleich darauf zum Dauerbrenner in den regionalen Medien zu werden. Allein viermal – zuerst am Abend der Einweihung selber, und dann immer wieder zur Illustration der darauf folgenden politischen Debatten – wurde es in der RBB-Nachrichtensendung „Brandenburg aktuell“ enthüllt. Denn zeitgleich mit der Veranstaltung gingen CDU, FDP und Bündnisgrüne in Brandenburg in die Offensive und verlangten von Ministerpräsident Platzeck eine Erklärung dafür, weshalb sein linker Koalitionspartner DDR-Unrecht verharmlosen und rechtfertigen dürfe ohne dass sich die Landesregierung davon distanziert, und wie er es einschätzt, dass der agrarpolitische Sprecher der SPD-Fraktion und Präsident des Landesbauernverbandes an einer solchen Veranstaltung auch noch teilnimmt. CDU-Generalsekretär Dieter Dombrowski kritisierte: „Da enthüllt der Bauernbund ein Denkmal, um hunderttausenden Opfern der Zwangskollektivierung in der DDR zu gedenken, und der Präsident des Bauernverbandes, der noch dazu als Schattenlandwirtschaftsminister im Kabinett des gescheiterten Kanzlerkandidaten Steinmeier gehandelt wurde, hat nichts Besseres zu tun, als zur Gegenveranstaltung der dunkelroten Geschichtsklitterer der SED-Nachfolgepartei zu gehen.“ Und die bündnisgrüne Landtagsabgeordnete Sabine Niels kommentierte: „Ich weiß nicht, was Herr Folgart zur Teilnahme an einer Tagung bewogen hat, auf der ganz offensichtlich die Verbrechen der DDR gegen die Bauern schön geredet werden sollen. Die Teilnahme Folgarts wirft ein bezeichnendes Licht auf die Politik des Landesbauernverbandes. Die SPD muss sich fragen, wen sie da in ihre Reihen aufgenommen hat.“

Platzeck verweigerte zunächst eine Stellungnahme und verwies darauf, dass er selbst nie das Unrecht der Zwangskollektivierung beschönigt habe. Gleichwohl zeigte sich in der bereits durch diverse Stasi-Enthüllungen linker Landtagsabgeordneter angeschlagenen Landesregierung eine gewisse Nervosität. So ließ Platzeck durch seinen Regierungssprecher erklären, der Bauernbund sei ein Verein mit Sitz in Sachsen-Anhalt und Mitglieder der brandenburgischen Landesregierung seien im Gegensatz zu Ministerpräsident Böhmer nicht eingeladen gewesen, um einen Tag später diese Aussage zu widerrufen, nachdem wir belegen konnten, dass Landwirtschaftsminister Jörg Vogelsänger ebenso eingeladen ge-

wesen war wie der SPD-Fraktionsvorsitzende Dietmar Woidke – beide hatten ihren Ministerpräsidenten inzwischen sicher auch darüber aufgeklärt, dass der Bauernbund in Brandenburg nicht nur existiert, sondern zudem seit langem Gesprächspartner der Landesregierung ist. Folgart erklärte gegenüber der Berliner Zeitung, er habe von der Denkmaleinweihung erst vier Tage vorher erfahren, zu der Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung sei er hingegen vier Monate vorher eingeladen worden – nicht wirklich überzeugend angesichts der Tatsache, dass die Denkmaleinweihung bereits am 5. März in der Brandenburgischen Bauernzeitung angekündigt wurde und die Tagung in den Kyritzer Leserbriefen Ende Februar noch überhaupt keine Rolle spielte (obwohl sie doch sehr gut in die damalige Argumentation von Frau Dr. Tackmann gepasst hätte). Währenddessen plauderten die linken Koalitionspartner in der Presse munter weiter über die Vielfalt der Sichtweisen auf die historischen Ereignisse, so dass wir uns zu einer weiteren Pressemitteilung entschlossen:

Pressemitteilung 29. April 2010

Zwangskollektivierung: Bauernbund bescheinigt der Landesregierung „Unfähigkeit zu trauern“

*Anlässlich der aktuellen Debatte um das vom Deutschen Bauernbund in Kyritz aufgestellte Denkmal für die Opfer der Zwangskollektivierung hat der Bauernbund Brandenburg der Landesregierung eine „Unfähigkeit zu trauern“ bescheinigt.*

*„Wir reden über ein großes staatliches Verbrechen, vierhunderttausend mal Diebstahl und Nötigung, oft verbunden mit Sachbeschädigung und Freiheitsberaubung, in einigen Fällen sogar mit Mord“, stellte Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn fest: „Da muss es doch möglich sein, der Opfer zu gedenken ohne im gleichen Atemzug zu sagen, wie schön es auf der LPG war und wie erfolgreich die Großbetriebe heute angeblich sind.“*

*Die linke Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann hatte sich im Vorfeld gegen die „Opfersicht des Bauernbundes“ (Berliner Zeitung 24.04.2010) ausgesprochen. Gestern erklärte der linke Landtagsabgeordnete Michael Luthardt, „Schwarz-Weiß Malerei“ helfe nicht weiter und werde dem Thema nicht gerecht (Pressemitteilung 28.04.2010).*

*Dazu Jennerjahn: „Bei einem Verbrechen gibt es immer zwei Sichtweisen, die des Opfers und die des Täters. Wenn fünfzig Jahre nach der Zwangskollektivierung die Linke um Verständnis für die Motive der Regierung Ulbricht wirbt, Udo Folgart daneben sitzt und Matthias Platzeck schweigt, dann ist mir nicht wohl dabei.“ Der Bauernbund unterstütze deshalb nachdrücklich die von CDU, FDP und Bündnisgrünen vorgebrachte Forderung, der Ministerpräsident möge Stellung beziehen.*

Leider zerfaserte die Linie der Opposition in der Folge zusehends. Am 5. Mai 2011 beantragte sie noch gemeinsam eine Sondersitzung des Hauptausschusses des Landtags wegen der „unklaren Positionierung der Landesregierung bezüglich der historischen Bewertung der Zwangskollektivierung (...). Der Umgang mit diesem Thema und die Presseveröffentlichungen lassen Zweifel an den im Koalitionsvertrag von SPD und Linke getroffenen Aussagen aufkommen, nach denen es eine Verklärung der SED-Diktatur mit dieser Koalition nicht geben wird und das Andenken an erlittene Repressalien wach gehalten werden soll.“ Anstatt sich aber auf das kritikwürdige Verhalten der Linken und Folgarts zu konzentrieren, ging es danach vor allem um die Frage, warum kein Mitglied der Landesregierung an der Einweihung teilgenommen hatte. Als dann die Bündnisgrünen – vielleicht überspitzt, aber mit durchaus richtigen Argumenten – die besondere Wertschätzung der Großbetriebe durch die brandenburgische Agrarpolitik anprangerten, wurde die Lage zusehends unübersichtlich.

Die Ausweitung auf eine allgemeine Agrardebatte nutzte die Landesregierung geschickt zum Gegenangriff, indem sie sich gemeinsam mit dem Landesbauernverband zum Verteidiger der „gewachsenen ostdeutschen Agrarstrukturen“ aufspielte. „Grüne allein gegen rote Barone“ beschrieben die Potsdamer Neuesten Nachrichten die Lage, und in einem großen Interview in der Märkischen Allgemeinen erhielt

Folgt Gelegenheit, der Opposition vorzuwerfen, sie nutze das Unrecht der Zwangskollektivierung, um heutigen Agrarbetrieben die Existenzberechtigung abzuspochen. Mit „Lenin war gestern – Bauern vor Ort haben für die Debatte der Politiker über Zwangskollektivierung kein Verständnis“ setzte die Märkische Allgemeine später noch nach, indem sie ein allgemeines Meinungsbild auf dem Lande suggerierte und in Wirklichkeit ausschließlich ausgewählte Bauernverbandsfunktionäre zitierte. Aus der Defensive stammt also unsere letzte Pressemitteilung in der andauernden Debatte:

Pressemitteilung 6. Mai 2010

Höchste Zeit für Kurskorrektur: Bauernbund äußert sich zur Agrardebatte in Brandenburg

*Angesichts der durch das Denkmal für die Opfer der Zwangskollektivierung ausgelösten agrarpolitischen Debatte stellt Reinhard Jung, Geschäftsführer des Bauernbundes Brandenburg, klar:*

*1. Mit dem Denkmal wollten wir an ein großes, eigentlich unstrittiges Verbrechen der DDR gegenüber den Bauern erinnern, nicht mehr und nicht weniger. "Das sind wir unseren Vätern und Großvätern schuldig", war der Tenor auf der Vorstandssitzung, als der Beschluss gefasst wurde. Zu einer Debatte darüber kam es erst, nachdem die Linke das Gedenken an die Opfer als "zu einseitig" ablehnte und sich auf einer Gegenveranstaltung die Sichtweise der Täter zu eigen machte. Dass der SPD-Abgeordnete und Präsident des Landesbauernverbandes Udo Folgart dabei mit im Podium saß, hat die Landesregierung in einen gewissen Erklärungsnotstand gebracht, von dem wir hoffen, dass Ministerpräsident Platzeck ihn am Freitag endlich mit einem Machtwort beenden wird.*

*2. Die Leidenschaft, mit der die Debatte über ein fünfzig Jahre und länger zurückliegendes Ereignis geführt wird, zeigt, dass die Wunden keineswegs verheilt sind. Das wiederum hat wesentlich damit zu tun, dass nach der Wende kein Ausgleich, sondern neues Unrecht geschaffen wurde. Die Politik hat alles getan, um die LPG-Nachfolger zu stärken und private Bauern auszubremsen. So konnten die früheren Genossenschaften ihre ausgeschiedenen Mitglieder billig abfinden, sie bekamen ihre Alt-schulden gestundet bzw. größtenteils erlassen und erhielten bevorzugt Zugriff auf die Treuhandflächen. Den Fraktionen von CDU, FDP und Bündnisgrünen ist ausdrücklich dafür zu danken, dass die Enquete-Kommission sich mit diesem dunklen Kapitel der Nachwendezeit befassen wird. Es ist höchste Zeit für eine agrarpolitische Kurskorrektur.*

Natürlich sprach Platzeck kein Machtwort. Auf der Sitzung des Hauptausschusses am 7. Mai 2011 wies er vielmehr alle Kritik von sich behauptete, die Landesregierung habe nie eine unklare Position zur Zwangskollektivierung gehabt, sondern verurteile diese als großes Unrecht. Der Opposition war er ein „rückwärtsgewandtes historisches Dauertribunal“ vor. Auf einer Versammlung des Landesbauernverbandes im Rahmen der BraLa am 14. Mai 2011 stärkte der Ministerpräsident demonstrativ Folgart den Rücken. Dieser sorgte im Gegenzug dafür, dass Politiker der Oppositionsparteien auf der Versammlung kein Rederecht erhielten. Nach drei Wochen ging damit eine spannende und für alle Beteiligten lehrreiche Debatte zu ende, die der Bauernbund mit seinem Denkmal angestoßen hat.

# Erinnerung an erlittenes Leid

**GESCHICHTE** In Kyritz gibt es das erste Denkmal für die Opfer der LPG-Kollektivierung

50 Jahre nach der Zwangskollektivierung von Bauern in der DDR ist gestern in Kyritz der Opfer gedacht worden. Kyritz war auch der Ort, an dem Wilhelm Pieck 1945 die Bodenreform verkündet hatte.

Von Detlef Czeninga

**KYRITZ** | Ein Denkmal für die Opfer der Zwangskollektivierung vor 50 Jahren in der DDR ist gestern in Kyritz (Ostprignitz-Ruppin) eingeweiht worden. Initiator des ersten derartigen Denkmals in Deutschland war der Deutsche Bauernbund, ein Interessenvertreter der landwirtschaftlichen Familienbetriebe. Auf der Bronzetafel steht die Inschrift: „Den Opfern der Zwangskollektivierung im so genannten sozialistischen Frühling 1960 in der DDR. Deutscher Bauernbund. 25. April 2010“.

Kyritz war auch deshalb ausgewählt worden, weil dort am 2. September 1945 der KPD-Vorsitzende und spätere DDR-Präsident Wilhelm Pieck die Bodenreform verkündet hatte. Sie gilt als erste Phase der Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft.

Die gestrige Enthüllung vor rund 200 Teilnehmern wurde vom Präsidenten des Bauernbundes, Kurt-Henning Klamroth, im Beisein des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Wolfgang Böhmer, und Brandenburgs Landesbeauftragter für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Ulrike Poppe, vorgenommen. Klamroth erinnerte daran, dass Anfang 1960 etwa 400 000 selbstständige Bauern gezwungen wurden, ihr Eigentum in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) einzubringen. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) nannte das Vorgehen „großes Unrecht“. Das Recht auf Eigentum sei ein Menschenrecht, betonte er. Die DDR dürfe nicht nostalgisch verklärt werden, forderte Böhmer. Er plädierte da-



Denkmal-Einweihung mit dem Chef des Deutschen Bauernbundes, Kurt-Henning Klamroth (l.), der Landesbeauftragten Ulrike Poppe und Magdeburgs Regierungschef Wolfgang Böhmer (r.). FOTO: MAZ/CZENINGA

für, sich vorbehaltlos und aufrichtig der Geschichte zu stellen. Dazu gehöre auch, dass etwa 15 500 Landeigentümer in den Westen geflohen seien, sich etwa 200, die Zahl sei nicht ganz sicher, das Leben genommen hätten.

Ulrike Poppe wertete die Aufstellung des Gedenksteins als großen Erfolg bei der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur. 166 000 Familien in der Landwirtschaft seien in den 50er und 60er Jahren von Zwangsmaßnahmen betroffen gewesen. Sie erinnerte an das Leid der Bauern, die nur die Wahl gehabt hätten zwischen Gefängnis, Flucht oder Eintritt in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG). Es habe viele Schauprozesse gegeben. Die erzwungene Kollektivierung sei ein „schweres Staatsverbrechen“.

Der Bauernbund übte scharfe Kritik an einer am Samstag ebenfalls in Kyritz stattfindenden Gegenver-

## Landwirtschaft in der DDR

■ In Kyritz, verkündete am 2. September 1945 Wilhelm Pieck die „demokratische Bodenreform“. Die Losung lautete: „Junkerland in Bauernhand“. Großgrundbesitzer wurden enteignet. Unter anderen ärmere oder landlose Bauern erhielten die enteigneten Flächen. Eine Folge der Bodenreform war die Gründung von Landwirtschaftlichen Produkti-

onsgenossenschaften (LPG).

Motto: „Vom Ich zum Wir“.  
■ Der „Sozialistische Frühling“ endete am 25. April 1960. Walter Ulbricht verkündete den Abschluss der LPG-Gründungen. Bis dahin hatten rund 400 000 Bauern ihre Eigenständigkeit verloren. Historiker schätzen, dass bis dahin 15 000 Landwirte in den Westen flüchteten. MAZ

staltung der Linken-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung. Dort sei die brutale Zwangskollektivierung als „Abschluss der Genossenschaftsbildung“ verharmlost worden, hieß es. Kritik gab es wegen der Teilnahme des SPD-Politikers und Präsidenten des Brandenburger Landesbauernverbandes, Udo Folgart. Klamroth wertete dies als „Missachtung der Opfer“.

Das Thema der Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-

Stiftung mit 70 Teilnehmern am Samstag war: „Agrargenossenschaften gestern und heute“. Die Initiatorin, die Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann (Linke), sagte: „Es gab Druck und Gewalt gegen Bauern und das Freiwilligkeitsprinzip wurde massiv verletzt.“ Sie warf dem Bauernbund wiederum Polemik vor. Dieser wolle nur Streit unter den Bauern säen. Stattdessen müssten die Bauern zusammenhalten, meinte sie.

## Denkmal für enteignete Bauern passt nicht jedem

Von Martin Lutz

BERLIN – Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft vor 50 Jahren in der DDR war Unrecht. Daran gibt es keinen Zweifel. An das Unrecht erinnern fällt einigen jedoch bis heute schwer. Das zeigt die Einweihung eines Denkmals am Sonntag im brandenburgischen Kyritz. Auf der Bronzeplatte an dem zweieinhalb Meter hohen Findling steht: „Den Opfern der Zwangskollektivierung im sogenannten Sozialistischen Frühling 1960 in der DDR.“

Initiiert hat das bundesweit erste Denkmal dieser Art der Deutsche Bauernbund, die Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe in Ostdeutschland. Festredner ist Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU). Auch Ulrike Poppe, die Brandenburgische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, spricht. „Es gab sehr viel Leid“, sagt Poppe dieser Zeitung. Historiker werten die Enteignung als beispiellose, von SED, Stasi, Polizei und Tausenden „Agitatoren“ getragene Repressionswelle. Rund 850 000 bäuerliche Familienbetriebe wurden auf Geheiß von SED-Chef Walter Ulbricht in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) überführt, die Hälfte davon zwangsweise – oft mit Gewalt und Psychoterror. „Die Folgen belasten die ostdeutsche Agrarstruktur bis heute“, sagt Kurt-Henning Klamroth, Präsident des Bauernbundes. Daran will nicht jeder erinnert werden. Als Standort für das Mahnmal war zunächst Jessen in Sachsen-Anhalt vorgesehen. Laut Bauernbund hätten aber die Stadtparlamente von Jessen und später von Schönhausen in der Altmark gegen das Mahnmal gestimmt.

Die der Linkspartei nahestehende Rosa-Luxemburg-Stiftung ruft heute zu einer Gegenveranstaltung in Kyritz auf, die verharmlosend als „Abschluss der Genossenschaftsbildung“ betitelt ist. Prominenter Podiumsgast ist Udo Folgart: Der Agraringenieur war von 1986 bis 1991 Vorsitzender der LPG Paaren im Havelland und ist mittlerweile Bundesvize des Deutschen Bauernverbandes unter Gerd Sonnleitner. Zugleich sitzt Folgart als SPD-Abgeordneter im Potsdamer Landtag. Er war im Schattenkabinett von Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier und sollte nach einem Wahlsieg Bundesagrarminister werden.

Die Welt, 26.04.2010

Kritiker werfen Folgart vor, auf der falschen Veranstaltung aufzutreten. „Herr Folgart beleidigt alle freien Bauern“, sagt Brandenburgs Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung. Die Linke wolle die Verbrechen des SED-Regimes relativieren, indem sie die mit Gewalt geschaffenen „Großbetriebe“ als besonders fortschrittlich darstelle. Folgart sagte der WELT: „Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat mich vor vier Monaten angefragt, da war das Denkmal kein Thema.“ Er werde sich von der Stiftung „nicht vereinnahmen lassen“. Das finden selbst Mitglieder seines eigenen Verbandes „ziemlich naiv“.

## Bauern-Krieg in Brandenburg

Berlin – Im brandenburgischen Kyritz liefern Bauernverbände und Politiker sich am Wochenende einen Geschichtsdisput der besonderen Art. 50 Jahre nach Abschluss der Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft weiht der Deutsche Bauernbund am Sonntag ein Denkmal für die Opfer der Zwangskollektivierung ein. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) wird mit der Brandenburger Diktaturbeauftragten Ulrike Poppe daran erinnern, dass etwa 400 000 selbständige Bauern bis zum 25. April 1960 auch mit Gewalt dazu gezwungen wurden, ihr Eigentum in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften einzubringen. Viele begingen Selbstmord oder flohen in den Westen. Während der Präsident des Deutschen Bauernbunds, Kurt-Henning Klamroth, das Opferdenkmal enthüllt, tritt der Präsident des Landesbauernverbands Brandenburg, Udo Folgart, bei einer etwas anders gewichteten Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg auf – auch in Kyritz. Auf Anregung der Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann (Linke) wird dort am Samstag „aus Anlass des 50. Jahrestages des Abschlusses der Genossenschaftsbildung in der Landwirtschaft der DDR 1960“ diskutiert. Eine Gegenveranstaltung oder Verharmlosung der Kollektivierung sei nicht geplant, versicherte der Geschäftsführer der Stiftung, Detlef Nakath. Man wolle vermeiden, dass „ein einseitiger Blick auf die Geschichte“ geworfen werde. „Das Thema ist doch sehr strittig.“ lion

Süddeutsche Zeitung, 24.04.2010

Kyritz

## Böhmer und der fünfte Agitator

Geschichtsvergessenheit ist der Stadt Kyritz in der Prignitz nicht vorzuwerfen. Besucher treffen auf Mahnmale, Tafeln und Schilder. Am Sonntag kam ein weiteres Denkmal hinzu: „Den Opfern der Zwangskollektivierung im sogenannten sozialistischen Frühling 1960 in der DDR“, heißt es auf dem Findling, den der Deutsche Bauernbund gewidmet hat. Ulrike Poppe, die Beauftragte Brandenburgs zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, nannte bei der Einweihung den Widerstand der Bauern gegen die Zwangskollektivierung einen Teil der „deutschen Freiheitstradition“. Wolfgang Böhmer, der CDU-Ministerpräsident Sachsen-Anhalts, konnte sogar aus eigener Erinnerung sprechen: Als junger Arzt habe er an einem einzi-



Mahnmal in Kyritz

Foto ddp

gen Sonntagnachmittag vier Agitatoren krankgeschrieben, die ihrer Aufgabe, Bauern in die LPG zu drängen, überdrüssig geworden seien. Als der fünfte Agitator zu ihm kam, habe ihn dann der Mut verlassen. Böhmer zitierte eine Rede des SPD-Politikers Carlo Schmid vom April 1960 im Bundestag: „Drüben“, klagte Schmid damals, sei ein „neues Bauernlegen“ zu Ende gegangen. Und „zur Gewalt fügt man die Lüge“, dass die ostdeutschen Bauern der Rationalisierung der Landwirtschaft freiwillig Folge geleistet hätten, wie die SED-Propaganda behauptete.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hatte übrigens am Samstag in Kyritz aus Anlass „des 50. Jahrestages des Abschlusses der Genossenschaftsbildung in der Landwirtschaft der DDR 1960“ auch eine Veranstaltung organisiert. Thema: „Agrargenossenschaften gestern und heute“.

MECHTHILD KÜPPER

Frankfurter Allgemeine,  
26.04.2010

# **Stellungnahme zur Enquete-Kommission des Landtags Brandenburg Aufarbeitung der Nachwendezeit in Brandenburg**

*erstellt durch den Bauernbund Brandenburg im Jahr 2011*

Bäuerliche Familienbetriebe waren in der Nachwendezeit in Brandenburg nicht gleichberechtigt mit den LPG-Nachfolgern. Im Gegenteil hatten sie eine Vielzahl von praktischen Nachteilen und politisch motivierten Wettbewerbsverzerrungen zu erdulden, mit denen ihnen der Neubeginn erschwert wurde.

Während die LPG-Nachfolger durch ihre Umwandlung in eine Genossenschaft nach bundesdeutschem Recht in den Besitz von erheblichen Vermögenswerten gelangten, von Altschulden umfangreich entlastet wurden und bevorzugt Treuhandflächen erhielten, mussten Wiedereinrichter bäuerlicher Familienbetriebe praktisch bei Null anfangen, die Anteile am LPG-Vermögen (an dessen Aufbau sie dreißig Jahre zwangsweise beteiligt waren) wurden ihnen weitgehend vorenthalten, für den Aufbau einer eigenen Landwirtschaft mussten sie entsprechend hohe Kredite aufnehmen und vollständig zurückzahlen. Beim Erwerb bzw. bei der Pachtung landwirtschaftlicher Flächen schließlich, der entscheidenden Voraussetzung, um überhaupt Landwirtschaft betreiben zu können, waren sie ausschließlich auf sich gestellt.

Die oben gemachten allgemeinen Feststellungen sind sicher recht pauschal und werden nicht jedem Einzelfall gerecht. Auch sind sie nicht als Verurteilung einzelner handelnder Personen zu verstehen. Natürlich hatten die fachlich teilweise hoch qualifizierten LPG-Leitungskader nach der Wende eine herausgehobene Stellung in den Dörfern und natürlich waren die Landwirtschaftsämter zur gleichen Zeit mit Fachpersonal ausgestattet, das in enger ideologischer und persönlicher Verbindung zu den LPGen stand. Auch haben viele LPG-Leitungskader aus unternehmerischer Sicht nur konsequent gehandelt und die Möglichkeiten genutzt, die sich ihnen boten. Der eigentliche Skandal waren deshalb die agrarpolitischen Rahmenbedingungen, die eine Zementierung der zu DDR-Zeiten mit Gewalt geschaffenen Agrarstruktur ermöglichten. Maßgeblich wurden diese Rahmenbedingungen bestimmt von den ostdeutschen Landesregierungen bzw. den Landesbauernverbänden als direkten Rechtsnachfolgern der sozialistischen Massenorganisation VDGB.

Ausgangslage: Das Landwirtschaftsanpassungsgesetz von 1990 bzw. die Novelle von 1991 regelte den Übergang der sozialistischen Landwirtschaft in die Marktwirtschaft. 17,8 % der landwirtschaftlichen Flächen wurden von Volksgütern bewirtschaftet. Diese wurden in das Eigentum der Treuhand (später BVVG) überführt. 82,2 % der Flächen wurden von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bewirtschaftet, die bis 1960 durch Zwangskollektivierung entstanden waren. Für die LPG sah das Gesetz zwei Möglichkeiten vor, für die sich die Mitglieder entscheiden konnten: 1.) Auflösung 2.) Umwandlung in eine Genossenschaft nach bundesdeutschem Recht. Da nunmehr aber jedem Mitglied freigestellt war, in der Genossenschaft zu bleiben oder sie zu verlassen, bedeutete dies, dass die ausscheidenden Mitglieder (z. B. die Wiedereinrichter eines bäuerlichen Familienbetriebs bzw. deren Verpächter) mit ihrem Anteil am LPG-Vermögen herausgelöst werden mussten.

Vermögensauseinandersetzung: Hierbei ging es um die Herausgabe der Hofstelle und der landwirtschaftlichen Flächen sowie um eine Abfindung für den zwangsweise in die LPG eingebrachten Inventarbeitrag und den durch die Überlassung der Flächen und die Mitarbeit im Kollektiv verursachten Vermögenszuwachs der LPG inklusive Verzinsung. Während die Herausgabe der – oftmals durch unterlassene Bauunterhaltung verwaehrten – Hofstelle und der landwirtschaftlichen Flächen aufgrund der unverändert fortgeführten Grundbücher relativ unproblematisch vonstatten ging, weigerten sich die

LPG-Nachfolger in der Regel, angemessene Abfindungen zu zahlen. In der Eröffnungsbilanz wurde das Vermögen mit vielfältigen Bilanztricks viel zu niedrig angesetzt, etwa durch Unterbewertung (Traktoren und Anhänger, die teilweise heute noch im Einsatz sind, wurde zum Wert von 1 DM eingestellt), durch Rücklagenbildung (für Wellasbestdächer, die teilweise heute noch auf den Gebäuden liegen, wurden astronomische Sanierungskosten veranschlagt) und selbstverständlich durch Anrechnung sämtlicher Altschulden (obwohl diese zu keinem Zeitpunkt der Vermögensauseinandersetzung die Betriebe belasteten). In den ausgezahlten Abfindungen wurde der Wert der Abfindungsansprüche, insbesondere für Flächen und Arbeit, viel zu niedrig angesetzt oder pauschal gekürzt mit dem Hinweis auf die anderenfalls drohende Existenzgefährdung des Unternehmens. Gleichzeitig trugen die Registergerichte LPG-Nachfolger ein und legitimierten damit Umwandlungen, die fast durchweg fehlerhaft waren, indem sie gravierende formale Mängel aufwiesen, zwingend erforderliche Unterlagen nicht enthielten und teilweise Fusionen oder Wechsel der Rechtsform zum Inhalt hatten, wodurch illegal Mitglieder verdrängt wurden zugunsten der LPG-Leitungskader. Im Ergebnis wurde die zwangsweise für die LPG erbrachte Lebensleistung einer ganzen Bauerngeneration (1960-1990) gegen Null gerechnet und damit praktisch in den Besitz der LPG-Nachfolger überführt.

Altschuldenentlastung: Die Schulden der LPGen bei der Landwirtschaftsbank der DDR übernahm 1990 die DG-Bank, weitere Schulden bestanden bei den regionalen Volks- und Raiffeisenbanken. Durch eine Vereinbarung zwischen Bundesfinanzministerium und Bundesagrarministerium wurden diese Altschulden 1993 zunächst gestundet und bilanziell entlastet, d. h. die LPG-Nachfolger wurden wieder kreditwürdig. Mit dem Landwirtschafts-Altschuldengesetz von 2004 schließlich wurde den LPG-Nachfolgern eine Ablösung der Altschulden und inzwischen aufgelaufenen Zinsen für einen geringen Anteil der Gesamtsumme angeboten, abhängig von ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Vermögens- und Liquiditätslage. In Brandenburg machten 310 von 321 betroffenen LPG-Nachfolgern von dieser Möglichkeit Gebrauch und lösten ihre 605 Millionen Euro Altschulden durch Zahlung von 57 Euro ab, das entspricht einer Ablösesumme von 9,5 % der Gesamtsumme und einer Sondersubvention von 1,77 Millionen Euro pro Betrieb. Der dadurch erzielte Vermögenszuwachs musste nicht versteuert werden und durfte laut Gesetz ausdrücklich nicht nachträglich auf die Abfindungen von ausgeschiedenen Mitgliedern angerechnet werden, obwohl die Altschulden einen Großteil bei der Wertminderung des Vermögens ausmachten. Berücksichtigt man, dass Altschulden vor allem für großzügige und gut nutzbare bauliche Anlagen an den Dorfrändern bestanden, kann man sagen, dass viele LPG-Nachfolger ihre moderne Infrastruktur quasi geschenkt bekamen, während die bäuerlichen Familienbetriebe völlig neu investieren mussten.

Flächenvergabe: Die durch die Enteignungen der Bodenreform ins Eigentum der öffentlichen Hand gelangten landwirtschaftlichen Flächen – mit einem Anteil vom mehr als 20 % an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche Brandenburgs – übernahm zunächst die Treuhandanstalt, 1992 die Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft BVVG. Maßgeblich für die Vergabe der Flächen war das Urteil der Pachtempfehlungskommissionen auf Kreisebene. Diese aus Vertretern der Landwirtschaftsämter und der Verbände zusammengesetzten Gremien sorgten in der Regel sehr wirksam dafür, dass die Flächen überwiegend bei den LPG-Nachfolgern blieben. So waren 1996 von den rund 309.000 Hektar BVVG-Flächen in Brandenburg 204.000 Hektar an LPG-Nachfolger verpachtet und nur etwa 100.000 Hektar an bäuerliche Familienbetriebe. Das bedeutet, dass eine vergleichsweise kleine Gruppe von nicht einmal 12 % der Betriebe über 66 % der BVVG-Flächen pachten konnte, während die große Mehrheit der brandenburgischen Landwirte gänzlich leer ausging und auch nie wieder eine Chance bekam. Die Privatisierung der BVVG-Flächen regelte das Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetz von 1994 in Verbindung mit der Flächenerwerbsverordnung von 1996. Wesentlicher Nutznießer waren diejenigen Betriebe, die bereits über einen Pachtvertrag mit der BVVG verfügten. Sie konnten

aus dem Pachtvertrag heraus bis zu 8.000 Bodenpunkte, das entspricht einer Fläche von durchschnittlich 250 Hektar, zu einem gegenüber dem Verkehrswert um 35 % vergünstigten Preis erwerben. Allerdings nur bis zu einem Eigentumsanteil von 50 % an der Gesamtbetriebsfläche, womit wiederum die bäuerlichen Familienbetriebe unter den BVVG-Pächtern ausgebremst wurden, da diese durchweg einen höheren Eigentumsanteil hatten als die LPG-Nachfolger. Die in der Regel zwölfjährigen Pachtverträge wurden aufgrund von Vereinbarungen des Bundesfinanzministeriums mit den ostdeutschen Agrarministerien erst auf 18 Jahre und dann nochmal um weitere vier Jahre verlängert, in Brandenburg jeweils verbunden mit opulenten Direktkaufoptionen – nach gegenwärtigem Stand können die Betriebe bis zu 450 Hektar insgesamt ohne Ausschreibung erwerben. Das erklärte Ziel der brandenburgischen Landesregierung, bestehende landwirtschaftliche Unternehmen dürften nicht durch Bodenentzug in ihrer Existenz gefährdet werden, sicherte den LPG-Nachfolgern weitreichende Privilegien und bedeutete im Umkehrschluss, dass andere sich erst gar nicht eine Existenz aufbauen konnten.

Umfeld: Mit Vermögensauseinandersetzung, Altschuldenentlastung und Flächenvergabe waren handfeste Nachteile für bäuerliche Familienbetriebe verbunden. Aber auch darüber hinaus gab es wenig, was zum Aufbau einer eigenen Landwirtschaft ermutigt hätte. Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe unterstützte das “Zusammenbleiben in der Genossenschaft”, SPD-Agrarminister Edwin Zimmermann sprach stolz vom “Brandenburger Weg”, Bauernverbandspräsident Heinz-Dieter Niesche sorgte als CDU-Landtagsabgeordneter dafür, dass keine bürgerliche Opposition aufkam. Und für die PDS war die gigantische Umverteilung von unten nach oben ohnehin nur ein Beweis für die Fortschrittlichkeit der zu DDR-Zeiten geschaffenen Großstrukturen. Vor Ort gaben die LPG-Leitungskader nach wie vor den Ton an, verfügten über Informationen und Kontakte, die andere sich erst mühsam beschaffen mussten. Das fing mit so einfachen Dingen an wie dem Zugriff auf Flurkarten und Liegenschaftskataster. Als bis dahin alleiniger Organisator des gesellschaftlichen Lebens auf dem Dorf konnte die ehemalige LPG nach wie vor starken Druck ausüben bis hin zu konkreten Drohungen wie etwa dem Verlust von Arbeitsplätzen oder dem Entzug von Dienstleistungen. Dass in diesem Umfeld nur wenige Bauernfamilien den Schritt in die Selbständigkeit wagten und sich noch weniger Betroffene durch die Instanzen klagten, wird nicht verwundern. Nach sechzig Jahren ohne jede Chance, sich gegen offensichtliches Unrecht zur Wehr zu setzen, war die Neigung zum Widerstand schwach ausgeprägt, Resignation und Desillusionierung machten sich auf den Dörfern breit.

In den agrarpolitischen Weichenstellungen der Nachwendezeit ist die heutige Schwäche von Brandenburgs Landwirtschaft angelegt: Zu wenig selbständige Landwirte, zu wenig Privatinitiative, zu wenig Wertschöpfung, dafür viele trotz aller Sondersubventionen noch immer unterstützungsbedürftige Großbetriebe und damit ideale Anlageobjekte für außerlandwirtschaftliche Investoren.

Natürlich können bei der Behandlung des Themas Landwirtschaft in der Enquete-Kommission diese Weichenstellungen nicht mehr rückgängig gemacht werden. Auch geht es nicht darum, in bestehende Besitzverhältnisse einzugreifen oder Unfrieden in die Dörfer zu tragen, wie einige an der Nicht-Behandlung des Themas interessierte Politiker im Vorfeld unterstellten. Gleichwohl meinen wir, dass die Enquete-Kommission angesichts der schwerwiegenden Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft Empfehlungen für eine zukunftsweisende Agrarpolitik aussprechen sollte.

Im Gegensatz zur Nachwendezeit gibt es heute im Wesentlichen nur noch zwei agrarpolitische Instrumente, mit denen die Agrarstruktur beeinflusst werden kann: die EU-Direktzahlungen und die Privatisierung der BVVG-Flächen. Hierfür macht der Bauernbund Brandenburg folgende Vorschläge:

- EU-Direktzahlungen: Obergrenze von maximal 500 Hektar pro Betrieb, verbunden mit einer Beschränkung auf Betriebe, die sich zu 100 Prozent im Eigentum von ortsansässigen Landwirten befinden – also natürlichen Personen, die den Beruf des Landwirtes ausüben, ihren Hauptwohnsitz in maximal zehn Kilometer Umkreis zum Betriebssitz haben und nicht an weiteren beihilfeberechtigten Betrieben beteiligt sind.
- BVVG-Flächen: Komplette Streichung aller Direkterwerbsoptionen aus den Privatisierungsgrundsätzen, stattdessen grundsätzlich Ausschreibungen, allerdings beschränkt auf ortsansässige Landwirte, in Losen von maximal 10 Hektar, Gesamterwerb maximal 100 Hektar pro Landwirt.



Herausgeber:  
Deutscher Bauernbund e.V.  
Adelheidstraße 1  
06484 Quedlinburg  
Tel: 03946 / 70 89 06  
Fax: 03946 / 70 89 07  
bauernbund@t-online.de  
www.bauernbund.de